

Volkswacht

für Schlessen - Organ für die werktätige Bevölkerung

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expediton Flurstraße 4/6, Matthiadstraße 100, sowie durch alle Ausdräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.37 Reichsmark + 6 Pfennig Trägertlohn = 0.43 Reichsmark, monatlich 1.55 Reichsmark + 35 Pfennig Trägertlohn = 1.90 Reichsmark. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2.26 Reichsmark.

Anzeigenpreis: Je Millimeter Text 20 Pf. Familienanzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen bis vormittags 11 Uhr abgegeben werden. — Fernsprechkonto: Breslau 58 52. Dr.

Abwärts 17 Pf. Anzeigen unterhalb 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer Flurstraße 4/6 oder in der Zweigstelle Nr. 217 37 und 217 39, Redaktion Nr. 217 38. Angestellten und Beamten, Filiale Breslau.

Einselnummer 10 Pf.

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt.

so beiliegend

Einselnummer 10 Pf.

43. Jahrgang

Mittwoch, den 12. Oktober 1932

Nr. 240

Ein schwarzer Tag für Papen

Er muß sich auch als Reichskommissar dem Staatsgerichtshof stellen Severing widerlegt Gayls Behauptungen — Zweifel des Staatsgerichtshofs an Gayls Erklärung — Wie die Regierung Papen dem Staatsgerichtshof übergeht — Otto Braun gegen die Verleumdungen durch Herrn Gottheiner

Leipzig, 11. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Es geschah immer noch Wunder, wenn die aufgefälschte Kreuzzeitung auch nicht mehr davon wissen will. Ein solches Wunder ereignet die Dienstadt-Verhandlung des Staatsgerichtshofs, in dem über das Schicksal des Reichs juristisch debattiert wird.

Man rufe sich in Erinnerung: Der Reichspräsident ernannte Herrn von Papen zum Reichskommissar für Preußen, der Reichskommissar ernannte die beiden politischen Minister Braun und Severing ihres Amtes und ernannte die übrigen Minister ihrer Dienstgeschäfte. Er trat gleichzeitig als seinen Stellvertreter den Herrschaften Oberbürgermeister Bracht ein, der mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Innenministers betraut wird. Dieser Kommissar amtiert vollkommen als Innenminister. In dieser Eigenschaft erteilt er seine Zweiteilverordnung, in dieser Eigenschaft hat er mit den übrigen Kommissaren die vielfachen Stellenbezeichnungen verfügt, die der Entscheidung des Staatsgerichtshofs vorgreifen — aber plötzlich ist der Reichskommissar von der Bildfläche verschwunden!

Wie ist ein Wunder geschehen kann? Ganz einfach, der Ministerialdirektor Gottheiner erklärt, der Reichskommissar sei nur als Reichsminister, als Führer der Reichsregierung vor dem Staatsgericht vertreten, nicht aber als Kommissar für Preußen! Alles, was der Reichskommissar in Preußen tat und seine Kommissare tun ließ, unterliege nicht der Beurteilung des Staatsgerichtshofs. Das sei höchstens Gegenstand eines innerpreussischen Konflikts, nicht aber eines Konflikts zwischen Reich und Preußen. Man merkt die Absicht und wird nicht einmal verblüfft. Die Kommissare nehmen alle Rechte für sich in Anspruch aber lehnen jede Pflicht, sich zu verantworten, ab, sei es vor dem Landtag, sei es vor dem Staatsgericht. Diese Kommission der Kommissare amtiert formell als preussische Staatsregierung. Eine Serie von Klageschriften der verfassungsmäßigen, aber am Amt verhinderten Minister richtet sich gegen den Reichskommissar und gegen seine Kommissare. Aber die Bauernschlauheit des Herrn Gottheiner hat erdacht, daß diese „Staatsregierung“ nur eine vorübergehende sei und daß die Klagen gegen den Kommissar wegen mangelnder passiver Legitimation nicht verhandelt werden könnten.

Diese Schläuelei ging jedoch auch dem Präsidenten des Staatsgerichtshofs dem Reichsvertreter Marzulegen, daß man eine solche Trennung der Funktionen bei einer so politisch bedeutsamen Frage unmöglich zulassen könne. Denn es sei doch keineswegs wünschenswert, daß der Staatsgerichtshof nach langen Verhandlungen eine Entscheidung treffe und daß dann plötzlich erklärt werden könnte, die Entscheidung sei nicht zulässig gewesen, weil — der Reichskommissar nicht vor Gericht getreten war! Der Appell blieb ungehört — bis zum Abend! Und das ist das zweite Wunder: Am Abend wurde plötzlich der bisher als Führer anwesende Ministerialrat Schäke aus dem preussischen Innenministerium als offizieller Vertreter des Reichskommissars für Preußen, d. h. des Reichsanzalters in seiner doppelten Eigenschaft als Reichskommissar, zugelassen. Man hat sich demnach wohl in den Ministerien gesagt, daß die arrogante Art des deutschnationalen Ministerialdirektors Gottheiner den Interessen der „Kommissare“ nicht gerade förderlich sei.

Der Nachmittag dieses Verhandlungstages gehörte der grundsätzlichen Auseinandersetzung über die Bedeutung der Verordnung zur Einziehung des Reichskommissars. Hier kamen zunächst Bayern und Baden zum Wort. Diese Staaten haben mit der Frage, ob das Land Preußen seine „Pflicht“ gegen das Reich erfüllt habe oder nicht, zunächst nur wenig zu schaffen. Wohl aber mit der anderen, die den bundesstaatlichen Charakter des Reiches berührt: nämlich die Zusammenfassung des Reichsrats, der aus Vertretern der einzelnen Landesregierungen gebildet wird. Ist der Reichsanzalters gleichzeitig Inhaber der preussischen Gewalt, so nennt er die Reichsratsvertreter für Preußen, diese sind dann nicht mehr Vertreter eines Landes, sondern der Politik der Reichsregierung, also wird dadurch der Einfluß der übrigen Länder auf ein Nichts reduziert. Deshalb haben fast alle Länder Rechtsverwahrung gegen die Verordnung des Reichspräsidenten eingelegt und Bayern und Baden haben formell Klage erhoben mit dem Ziel der Feststellung, daß die Uebernahme der Regierungsgewalt und die Ernennung von Reichsratsvertretern in Preußen durch den Reichskommissar der Verfassung widerspreche.

Staatsrat von Jahn für Bayern und der badische Vertreter, Ministerialdirektor Weg, hoben diese bundesstaatlichen Bedenken klar hervor. Ihnen schloß sich in geistvoller Ausführung der Präsident des Staatsrechtslehrer Professor Kawalki an. In Leipzig durfte er offen reden. In Berlin hat Polizeipräsident Meißner dafür gesorgt, daß die auszusagende Wiedergabe seines

Rechtsgutachtens mit einem Zeitungsverbot beantwortet wurde.

In den Kreis der juristischen Verachtungen wurde schließlich auch der Artikel 48 der Reichsverfassung einbezogen, vor allem die Frage, welche Voraussetzungen für seine Anwendbarkeit gegeben sein müssen. Der anerkannt bedeutendste Kenner des Verfassungsrechtes, Professor Anshüh-Heidelberg, nahm hierbei Gelegenheit, in einem großzügigen Abriss die Bedeutung des Artikels 48 und seine Voraussetzungen darzulegen. Als Kern der Darlegungen sei hervorgehoben, daß nach Meinung von Anshüh die Frage, ob eine Landesregierung etwa nicht genügend stark die Polizeigewalt angewendet habe, auf keinen Fall einen Grund zur Anwendung des Artikels 48 Absatz 1 abgeben könne. Denn die Anwendung der Polizeigewalt stehe aus dem Hoheitsrecht des Landes, nicht aus dem Pflichtkreis im Reich. Der Staatsgerichtshof dürfe deshalb nicht der Frage ausweichen, ob eine Pflichtverletzung des Landes Preußen als Voraussetzung der 48-Verordnung vorgelegen habe.

Als Kronjurist der Baronsregierung produzierte sich darauf wieder der Berliner Staatsrechtslehrer Carl Schmidt, der bis aufs Mittelalter und die alten Kurfürsten zurückging, um zu beweisen, daß die Papen-Verordnung gegen Preußen zu Recht bestehe. Ihm leuchtete in knappen, aber schlagenden Darlegungen Professor Heller als Vertreter der Sozialdemokratischen Landtagsfraktion heim, indem er nachwies, daß das Mittelalter, die Kurfürsten und die Zustände von 1806 gar nichts zu tun haben mit der jetzigen Frage. Es müsse ein schuldhaftes Nichterfüllen

von Pflichten eines Landes gegen das Reich vorliegen, nicht das Versehen eines einzelnen Beamten, um einen Grund zur Anwendung des Artikels 48 Absatz 1 konstruieren zu können. Dieser Absatz 1 habe nichts zu tun mit der Bestimmung des Absatzes 2, der von Bedrohung von öffentlicher Sicherheit und Ordnung spricht.

Leipzig, 11. Oktober. (Eig. Drahtb.)

Die Verhandlungen des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich begannen am Dienstag mit einer nachmaligen Erörterung der unperfekten Behauptungen, die in der Montagssitzung vom deutschnationalen Ministerialdirektor Gottheiner gegen Otto Braun und Karl Severing gerichtet worden waren. Die Behauptungen wurden von dem preussischen Vertreter nochmals als unwahr bezeichnet. Gottheiner hatte dennoch nicht das Bedürfnis sie persönlich zurückzunehmen.

Professor Heller wiederholte seinen Antrag, die Herren von Gleichen und von Alvensleben darüber zu vernehmen, daß die Befestigung der republikanischen Preußen-Regierung schon in Rahmen der Abmachungen zwischen Papen und Hitler beim Sturz Brünnings gelegen habe.

Im weiteren Verlaufe der Vormittagsitzung brachte der preussische Ministerialdirektor Brauch die Dinge zur Sprache, die sich nach der Amtsübernahme des Reichskommissars und seiner Kommissare abgespielt haben. Vor allem die vielfachen endgültigen Ernennungen von Beamten unmittelbar vor dem Zusammentritt des Staatsgerichtshofes. Der Eindruck sei nicht wegzubisputieren, daß die Reichsregierung immer neue „fertige Taktiken“ zu schaffen beabsichtige, deren Aufhebung und Befestigung auch dem Staatsgerichtshof nicht mehr möglich sein würde. Man habe beim Staatssekretär Weichner über diese Neuerungen Beschwerde geführt angesichts der Tatsache, daß der Reichskommissar für Preußen sich weder dem Landtag noch sonst einer Instanz verantwortlich fühle. Die Beschwerden seien mit Ernst aufgenommen worden. Mehr darüber wolle die preussische Prozessvertretung im Augenblick nicht sagen. Aber unmittelbar nach ihrer Bepfehlung bei Weichner sei eine weitere Liste von Neuernennungen veröffentlicht worden. Daraus gehe hervor, daß der Reichskommissar und die von ihm beauftragten preussischen Kommissare nicht die Absicht hätten, sich als vorübergehend funktionäre Erscheinungen zu betrachten, sondern sich als völligen Ersatz für die verfassungsmäßige Regierung ansehen und nur in einem Punkte von den Wünschen des Ministeriums abweichen, nämlich in dem, daß sie sich nicht für gebunden fühlten, an die

Neue Umtriebe des Extronprinzen Und ein lahmes Dementi der Regierung

Extronprinz Wilhelm, der glorreiche Held von Charleville, hat nicht nur die Sorge um seine Güter, Schlösser und Pensionen sowie um seine zahlreiche Familie. Er bangt und sorgt sich auch um das Wohl des am 9. November von ihm und seinem Papa so schmählich in Not und Elend hinterlassene deutsche Volk. Obwohl dieses von den Hohenzollern die Nase voll hat und auf jede neue monarchische Begünstigung verzichtet, und obwohl die Friedrich, die Wilhelm, die Ferdinand, die Luwi, die Eitel und die Louis auf alle Zeiten schriftlich verjagt haben, hant der Extronprinz Tag und Nacht, wie er Deutschland „erretten“, d. h. wie er den Thron bestigen könne. Am Dienstag liefert der „Vorwärts“ einen Beitrag hierzu. Er stellt folgende Erklärung des Extronprinzen unter Beweis: „Papen, Schleicher, Hindenburg und er, der Extronprinz, wählten, was sie wollten und seien sich einig. In einem geeigneten Zeitpunkt würde Hindenburg ihn zum Reichsverweser bestimmen und zurücktreten. Er werde sich dann auf die Reichswehr, die auf das Reich übergegangene Schutzpolizei und 400 000 bewaffnete Stahlhelmer stützen. Einen neuen 9. November werde es nicht wieder geben. Die Träger dieses Planes seien entschlossen, für ihre Sache zu kämpfen und, wenn es sein müßte, zu sterben. Rupprecht von Wittelsbach sei mit ihnen ein-

verstanden und werde am demselben Tage, an dem er, der Extronprinz, Reichsverweser werde, an die Spitze eines Donauländereichs treten.“

Bald nach dieser Veröffentlichung des „Vorwärts“ haben die Presse-Bediensteten des Herrn von Papen folgendes nichts sagende Dementi erlassen:

„Die Reichsregierung stellt zu dem im „Vorwärts“ Nr. 480 vom 11. Oktober unter der Ueberschrift „Umtriebe des Extronprinzen“ veröffentlichten Gerüchten über eine angebliche Einziehung des früheren Kronprinzen zum Reichsverweser und die daran geknüpften Kombinationen fest, daß es sich hierbei um ein reines Phantasieprodukt handelt.“

Daß es sich hier um ein Phantasieprodukt des „Vorwärts“ handelt, sagt das Dementi nicht. Es könnte also nur der Extronprinz phantasiert haben. Die „Phantasten“ hat aber Herr von Papen noch am Sonntag öffentlich und warm die Hand gepreßt und was dieser sonderbare Reichsanzalters der Republik dabei vom künftigen neuen Reich erklärte, für das er, der Kronprinz, und der gesamte monarchistische Stahlhelm nicht vergebens 13 Jahre gekämpft hätten, das ist gewiß kein Phantasieprodukt eines Reporters. Warum soll also jetzt der Kronprinz phantastieren?

Ausschneiden!

Ausschneiden!

Diskussionsblatt Frage den SPD.-Mann!

1. Ist es richtig, daß die Kommunistische Partei die Gewerkschaften zerschlagen wollte und es noch will? Ist es richtig, daß die SPD. einander widersprechende Parolen verkündet hat, insbesondere im Kampf gegen die Gewerkschaften?
2. Ist es richtig, daß durch die SPD. auch die anderen Arbeiterorganisationen gespalten wurden und dadurch die Arbeiterbewegung geschwächt wurde? Ist es richtig, daß die Reaktion sich über die Rolle der SPD. freut, weil sie ein „Pfahl im Fleische“ der Arbeiterbewegung ist?
3. Ist es richtig, daß die Propagandakommission der SPD. viele Mitglieder zu den Nazis getrieben hat? Ist es richtig, daß besonders in den Großstädten die SPD. oft mehr als zur Hälfte aus ehemaligen Rot-Front- und Antifa-Leuten besteht?
4. Ist es richtig, daß die SPD. den schicksalhaften Volksentscheid gegen die preussische Regierung Braun mitwirkte, um dem Faschismus freie Bahn zu schaffen? Ist es richtig, daß aber das

Zentralkomitee der SPD. es ablehnt, den Volksentscheid der SPD. gegen die Lohnföhrung und den Unterföhrungsaus zu unterstützen?
5. Ist es richtig, daß die SPD. einen harten Kampf gegen Severing geführt hat? Ist es richtig, daß die SPD. 33 Wahlfrauenträger gegen die Regierung Braun-Severing einbrachte oder die der Faschisten unterstützte? Ist es richtig, daß dieselbe SPD. nach dem Sturz Severings einen Generalfreitag zur Wiedererfassung Severings proklamieren wollte? Ist es richtig, daß die Berliner kommunistischen Betriebsräte (5 gegen 6 Stimmen) diesen Generalfreitag ablehnten?
6. Ist es richtig, daß die SPD. nach wie vor in der Sozialdemokratie ihren stärksten Feind sieht? Ist es richtig, daß sie trotzdem die Arbeitermassen durch das Einheitsfrontmanöver bewillig täuschen will? Ist es richtig, daß Mitglieder der SPD. die es ehrlich mit der Einheitsfront meinten, von der Sitzung kaltgestellt wurden?

Beschlüsse des Landtags und auch nicht für verpflichtet fühlen, dem Landtag Rechenschaft zu geben. Es sei übrigens, so fügte der preussische Reichstagspräsident hinzu, ersahend, wie weit sich das Gefühl verbreitet habe, daß die Frage zusammengefaßt werde:

„Haben wir überhaupt noch einen echten Glauben an Rechtsaufstände in Deutschland?“

Solche Gleichgültigkeit um den Reichsgedanken sei in der freiesten Öffentlichkeit vorhanden und das Verhalten der gegenwärtigen Reichsregierung gegen die Autorität des Staatsgerichtshofes sei nicht geeignet, das Vertrauen zu befestigen. Es sei demnach, wenn man die Frage löse: „Glauben Sie wirklich, daß der Staatsgerichtshof es wagen wird, Recht zu sprechen?“ Man brauche dieses Vertrauen nicht zu teilen, müsse aber mit Bedauern feststellen, daß es immer weiter um sich greifen werde.

Am Schluß der Vormittagssitzung verließ der Vertreter des Reiches im Auftrag der Reichsregierung und mit ausdrücklicher Zustimmung des Reichstags folgende Erklärung: Eine Vereinbarung des Reichstags mit Hitler über ein Vorgehen gegen Preußen ist nicht getroffen. Verhandlungen darüber haben zwischen ihnen nicht stattgefunden. Auch die Aufhebung des Unionsverbots, die Wiederzulassung der SA-Truppen und die Wiedereingliederung sonstiger politischer Freiheiten waren nicht Gegenstand von Vereinbarungen zwischen dem Reichstagspräsidenten und Hitler, gehören vielmehr von vornherein zum Programm der Reichsregierung, die von sich aus entfallen war, aus Gründen der Gerechtigkeit Ausnahme-Bestimmungen gegen die Nationalsozialisten zu bejehigen.

Ministerialdirektor Dr. Brauns weist demgegenüber darauf hin, daß der Reichstagspräsident nur demotivieren lasse, daß er in amtlicher Eigenschaft solche Vereinbarungen abgeschlossen habe.

In der Dienstag-Nachmittags-Sitzung des Staatsgerichtshofes verließ der Vertreter des Reiches folgendes Telegramm des Reichsinnenministers:

„Etwas Mitte Juni d. J. hatte ich mit Herrn Minister Severing in dessen Amtszimmer eine Unterredung über schwebende politische Fragen. Im Verlaufe der Unterredung brachte Minister Severing das Gespräch auf die damals in der Öffentlichkeit umlaufenden Gerüchte über die angeblich von der Reichsregierung geplante Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen. Ueber den Umfang der Befugnisse eines solchen Reichskommissars ist dabei selbstverständlich nicht im Einzelnen gesprochen worden. Es unterliegt aber nach meiner bestimmten Erinnerung keinem Zweifel, daß es sich bei dem Gespräch um die weitgehende Maßnahme der Einsetzung eines politischen Reichskommissars für Preußen handelte. Sei dem Gespräch erklärte Minister Severing, er habe sich an dem Geschehen über die angeblich bevorstehende Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen nicht beteiligt, weil er persönlich der Ansicht sei, daß diese Maßregel sich nicht werde umsetzen lassen. Im weiteren Verlauf des Gesprächs äußerte Minister Severing mit Bezug auf die Einsetzung des Reichskommissars: „Warten Sie nicht mehr lange ab.“

Min. Dir. Dr. Brauns erklärt: Die Erklärungen der Minister Severing und von Gaal über ihre Unterhaltung wegen des Reichskommissars schienen in diametraler Gegensatz zu stehen. Da er aber von keinem der beiden annehme, daß er nicht die Wahrheit sage, müsse es da etwas geben, was aus den Erklärungen nicht ersichtlich sei.

Reichsgerichtspräsident Bumke ersucht die Parteien, die letzten Ministererklärungen dem Gerichtshof zu stellen und legt hinzu, wenn Severing hinsichtlich der Einsetzung eines Reichskommissars mit dem jetzt eingetretenen Folgen zugestimmt habe, dann würde nicht ersichtlich sein, warum die Reichsregierung nicht, ehe sie am 20. Juli die Maßnahmen durchführte, mit Severing Abklärung nahm. Da es sich ja dann nur um die Erfüllung eines Versprechens von Severing gehandelt haben würde.

Severing gegen Gaal

Carl Severing teilt uns zu dem Telegramm des Reichsinnenministers von Gaal, das in der Dienstag-Sitzung des Staatsgerichtshofes verlesen wurde, folgendes mit:

Die Angaben dieses Telegramms seien von Anfang bis Ende unrichtig. Es habe sich bei dem Besuch des Reichsinnenministers in Severings Amtsräumen vor allem um die Bitte des Freiherrn von Gaal gehandelt, den Ministerialdirektor Dr. Rensel im preussischen Innenministerium unterzubringen. Daraufhin habe Severing erklärt, er könne eine Zulage in dieser Richtung nur geben, wenn er Arbeit über die Pläne des Reiches in der Frage der Reichsreform haben würde. In diesem Zusammenhang habe er dem Freiherrn von Gaal die Frage gestellt, was an den Gerüchten über die Ein-

setzung eines Reichskommissars in Preußen sei. Davon habe er die Antwort erhalten, daß es alles noch möglich ist in der Schwebe. Severing betont, daß er nach dieser Antwort Freiherrn von Gaal dringend angewarnt habe, einen derartigen Schritt gegen Preußen zu unternehmen, der der gesetzlichen Grundlage entbehre. Es sei nach der Reichstagswahl eine Situation denkbar, in der sowohl der Reichstag, als auch der preussische Landtag völlig verfaulen, und daß gewisse Elemente dies zum Anlaß nehmen könnten, Unruhe und Unordnung zu stiften. Wenn in solcher Situation eine starke Zusammenfassung der Reichsmittel von Reich und Preußen erfolge, würde die Reichsregierung eine bessere Plattform haben, als wenn sie ohne gesetzlichen Grund die Sondermaßnahmen der Einsetzung eines Reichskommissars gegen Preußen ergreifen würde. Die beste Lösung sei dann in der Zusammenfassung der korrespondierenden Ministerien im Reich und in Preußen zu finden, wie sie im Vorstadium bereits erörtert worden sei, aber natürlich nicht durch einen gegen Preußen eingesetzten Reichskommissar, der die preussischen Minister absetze.

Otto Braun gegen Gotheiners Äußerungen

Der preussische Ministerpräsident Otto Braun hat am Dienstag, veranlaßt durch die verlogenen Behauptungen des deutsch-nationalen Ministerialdirektors Gotheiner vor dem Staatsgerichtshof, folgendes Schreiben an den Reichsgerichtspräsidenten gerichtet:

„Berlin-Zehlendorf, 11. Oktober 1932.

Aus Zeitungserrichten über die Verhandlungen der Verfassungskonferenz Preußen gegen das Reich ersehe ich, daß in der Verhandlung am 10. dieses Monats der Vertreter des Reiches, Ministerialdirektor Gotheiner, in bezug auf meine Person die Behauptung aufgestellt hat, ich hätte auf die Gewährleistung der vollen Bezüge sehr großen Wert gelegt, mich bald nach der Enthebung vom Amt nach dieser Frage erkundigt und mich sehr bedrückt erklärt, als mir die Antwort wurde, daß ich meine Bezüge weiter erhalten werde.

Diese Behauptung entspricht nicht der Wahrheit. Ich habe mich niemals beim Reichskommissar oder bei der Reichsregierung wegen der Weiterzahlung meiner vollen Bezüge erkundigt oder darum ersucht. Auch habe ich niemals meine Beziehungen über die erstellte Regelung geklärt. Im Gegenteil finde ich es höchst unbedenklich, auf die Dauer für mich geradezu unerträglich, daß ich meine vollen Bezüge

als Ministerpräsident beziehe, aber von der Reichsregierung gewalttätig gehindert werde, meine Amtsgeschäfte wahrzunehmen.“

Preussischer Ministerpräsident

Wir müssen der Erwartung Ausdruck geben, daß Reichsgerichtspräsident Bumke das Schreiben des preussischen Ministerpräsidenten in öffentlicher Sitzung zur Verlesung bringt.

Zudem verlas Ministerialdirektor Brauns, am 20. August, aus Bad Gastein, wo er sich zur Erholung aufhielt, geschrieben:

„Ich komme hier erst langsam über die Bitterkeit hinweg, die mich ob der Art der Außerachtlassung und über den Begründungsformen ergriffen hat. Ueber 10 Jahre lang habe ich, gerade um die Beinträchtigung des Reiches durch den Druck des Reiches—Preußen zu mildern, die Reichspolitik ohne Rücksicht auf die Zusammenfassung der Reichsregierung geführt; ich auch unter Schädigung der Werkkraft meiner Partei, die im Reichstage Reichsmaßnahmen heftig bekämpfte, die ich im Reichsrat im Interesse der gedächlichen Zusammenarbeit zwischen Reich und Preußen unterstützte. Oft haben wir der Reichsregierung auf ihre Ansuchen im Reichsrat, Hilfsleistungen gegen Bayern und andere Länder geleistet, wo es für Preußen im engsten Landesinteresse günstig gewesen wäre, sich in die offene Front der Bayern gegen die Reichsregierung einzureihen. Im hohen Reichsinteresse haben wir das getan — und nun, wegen Nichterfüllung der Pflicht gegen das Reich wie ein Dienstbote, der gestohlen hat, und den man das Haus nicht mehr betreten läßt, aus dem Amte gejagt zu werden, das ist reichlich bitter. Das um so mehr, als es auf Veranlassung des Mannes geschieht, für dessen Lauterkeit und Verfassungstreue ich mich mit meiner ganzen Person öffentlich eingesetzt habe, und der dem nicht zuletzt seine Wiederwahl zum Reichspräsidenten verdankt. Aus meiner zwanzigjährigen politischen Tätigkeit weiß ich, daß es in der Politik keinen Dank gibt; aber ein gewisses Maß von Achtung ist doch die Voraussetzung auch für eine politische Zusammenarbeit.“

Braun fügte hinzu, er wisse nicht, ob Ministerpräsident Braun die Mitteilung dieser Äußerung billige, aber er, Brauns, tue das auf eigene Verantwortung, angesichts der Angriffe, die Gotheiner gegen den Ministerpräsidenten Braun gerichtet habe. Uebrigens muß noch festgestellt werden, daß der Präsident des Staatsgerichtshofes Bumke die verlogenen Behauptungen Gotheiners selbst klar als unhaltbar zurückwies, was Herr Gotheiner mit eigener Stirn anhörte.

Wer Wind sät, wird Sturm ernten

Wapen läßt Sportpalast den Nazis verbieten — Goebbels und Kerl dürfen in Berlin nicht reden

Die obenstehende Überschrift gilt für beide, für Wapen sowohl als auch für die Nazis. Für Wapen, indem die Deutschen in ihren Saalgeschichten nur ernten, was in der Aufhebung des SA-Verbots durch Wapen gesät wurde, für die Nazis, indem sie durch das Verbot ihrer größten Kundgebung nur ernten, was sie mit der ewigen Störung fremder Versammlungen gesät haben.

Der Berliner Volkspolizeipräsident hat eine für Mittwoch Abend angelegte Sportpalast-Versammlung der Nationalsozialisten, in der Dr. Goebbels und der preussische Landtagspräsident Kerl reden sollten, verboten. Wir haben wahrhaftig keine Veranlassung, den Nationalsozialisten helfen an die Seite zu treten, aber die Art, wie das Verbot begründet wird, veranlaßt uns doch zu einigen kritischen Bemerkungen.

In der Verbotsbegründung heißt es u. a.: Weil die Nationalsozialisten in letzter Zeit Versammlung politisch Andersdenkender planmäßig gestört hätten und weil damit gerechnet werden müsse, daß in der nationalsozialistischen Kundgebung schon einfache Zwischenfälle Andersdenkender mit Gewalttätigkeiten beantwortet werden, könne mit Rücksicht auf die Sicherheit und Ordnung die Genehmigung zu der Veranstaltung nicht gegeben werden.

In der Tat haben die Hitleranhänger seit einigen Wochen systematisch Versammlungen anderer Parteien und besonders solche der Deutschen Nationalen verhindert oder zu verhindern gesucht, und es ist dies weiterhin richtig, daß es mit Gefahren für Leib und Leben verbunden sein könnte, wenn jemand im Sportpalast eine von der des Herrn Goebbels abweichende Meinung laut zu äußern sich getraute. Aber sind diese Behauptungen Andersdenkender etwa

eine Erfindung, die sich erst in der letzten Zeit bemerkbar gemacht hat? Es hat Versammlungsgestörungen aus von den Nationalsozialisten provozierte Saalgeschichten schon früher gegeben und auch in der letzten Wahlkampagne nach der verfassungswidrigen Einsetzung des Reichskommissars für Preußen.

Damals jedoch war keine Rede davon, daß die Polizei solche Störungen der öffentlichen Ordnung mit dem Verbot nationalsozialistischer Kundgebungen zu begegnen suchte. Es war das eben die Zeit, in der Herr von Wapen und Herr Brauns die Hitlerbewegung hegte und hütete und in der, wie das eben erst der Ministerialdirektor Dr. Gotheiner vor dem Staatsgerichtshof so schön ausgeführt hat, nach der angeblich ungerathenen Behandlung der Nationalsozialisten durch die Regierung Braun-Severing, ein Ventil geschaffen werden mußte, um damit dem Ausbruch eines Bürgerkriegs vorzubeugen.

Uebrigens richteten sich damals die tätigen Angriffe der SA- und SS-Gruppen nur gegen die Marginalen, und erst jetzt, wo es den Deutschen an den Kragen geht, hält die kommunistische Regierung es für zweckmäßig das Ventil wieder zu schließen und sich auf die Notwendigkeit der Erhaltung von Ordnung und Sicherheit zu beziehen.

Die Regierung Wapen hat übrigens mit diesem Verbot nachträglich die ganze Aktion gegen Preußen desavouiert und selbst bewiesen, wie berechtigt das Vorgehen der alten preussischen Regierung gegen die Nazis war. Der Staatsgerichtshof wird davon sicher mit Interesse Kenntnis nehmen.

Ohne Hitler kein Wapen, keine Barone

Imán Kampf um Marokko

Roman von Ramon J. Sender
Berechtigte Uebersetzung
aus dem Spanischen von G. H. Neundorff

3:1
(Katholik verboten)
Überall knallt es. Unmöglich, weiterzukommen; die ganze Gegend wimmelt von Marokkanern; man riecht förmlich den kalten Aushauch der Kugeln, die ins Leere gehen. Bianca biegt vom Wege ab, verbirgt sich hinter dunklen Felsen und späht. Unten wird das Geschick heftiger. Jemandem heulen Granaten heran und werfen graues Schweiß auf. Die Mohren sind deutlich zu sehen. Weiter werden die Gewehre in die Luft und fangen sie in vollem Jagen wieder auf. Ganz in der Nähe hört man arabische Rufe; Bianca hält beunruhigt den Atem an. Zwei Marokkaner, etwa vierzig Jahre alt, das Gewehr umgehängt, kommen eilig daher. Sie haben sich an den Händen gefaßt, nicht aus Freundschaft, sondern weil sie auf diese Weise davor sicher sind, daß sie sich gegenseitig in einem unbewachten Augenblick anfallen und berauben. Wenn man sie freundlich lächelt und plaudernd ankommen sieht, sollte man nicht vermessen, welche latenten Grausamkeit in ihnen steckt. Sie bleiben stehen. Einer hebt aus einer großen ledernen Brieftasche eine Leibe Zigaretten hervor, streicht die weiße Masse auf Brot und verschluckt es gierig. Bianca hat den Finger am Abzug, um zu feuern, sobald er entdeckt wird.
Sie beschleunigen bergwärts. Innerhalb einer Stunde werden sie auf den Offiziersposten, und kurz darauf wird der verrückte Soldat hinter dem Steinwall bequem auf sie feuern können. Bianca traut sich nicht hervorzukommen. Auf einem Kommando hängt ein blauer Koffer aus. Ein Koffer hat nur noch eine einzige Nummer, eine Zwei, daneben liegt man den noch nicht verblühten Abdruck einer Witz. Der Kommando behält seine blaue Farbe. Natürlich, er hat so viel Blut verloren, daß seine Fleischhaut unheilbar ist; er kann nicht wieder gesund werden.
In seinem Verstand ordnet Bianca seine Erinnerungen und fröhlich alle Einbrüche wieder auf. Er hat Ruhe, verschwinden; die Zeit vergeht langsam. Da in A. und Kamel alles zu Ende ist,

fühlt er eine gähnende gleichgültige Leere. Der Kopf ist ihm so wirr, daß er Ereignisse, Namen, Dinge miteinander verwechselt. Was bleibt ihm anders übrig als zu sterben? Auf dem Wege liegenbleiben ist nicht das Schlimmste. Er ist ja schon zweimal gestorben! Als er Soldat wurde, hat er die frische, lebensfröhliche junge Mann in ihm. Aus der Weite seiner bisherigen Lebensauffassung kam er in einen Bezirk kleinlicher Schamheit, enger Besorgnis. Alles, was nicht dazu gehörte, wurde ihm gleichgültig, widerwärtig. Er war nicht mehr derselbe Mensch wie früher. Seine Vorgesetzten, mit Ausnahme der Unteroffiziere behandelten ihn (warum?) wie einen Verbrecher, mit Ablehnung und Geringschätzung, ohne Kameradschaftlichkeit und Vertrauen. Er begann, an sich selbst zu zweifeln und wurde selbst von seiner eigenen Minderwertigkeit und Unwürdigkeit überzeugt. Es dauerte ein ganzes Jahr, bis er sich an das Kameradenleben gewöhnt hatte; endlich fand er sich mit der Annehmlichkeit, Heuchelei und Bosheit ab. Er hatte Freunde und Feinde wie früher; die Angst vor dem hässlichen Leben in einer unverständlichen Soldatensphäre — warum das alles? — wich einer nachgiebigen Stumpfheit, die ihm schließlich als die beste Waffe gegen die Zeit galt. Nun sieht er das unangreifbare Gebäude des spanischen Heeres vernichtet, aber anzettelt nun wieder der Alte zu werden, spürt er angefüllt der Leidenhaftesten Ebene eine reglose Leere.
Hinter Kerl in seinen Schritten; wiederum fühlt er im Schilde des Sonnen von Tagelichtsprühen: noch ist der heiße Kopf leer. In der Ebene wachelt in wertwürdiger Gegenwärtigkeit Tod und Leben miteinander ab. Sie birgt zu gleicher Zeit Kirchengesänge und Kirchweihspiel. Die Marokkaner gehen in gepreßten Jellen Leuchtenten aufgeschlagen. Langsam verrinnt der Nachmittag. Der Himmel hat sich düster gezogen. Die weißen Wolken sind gelb und grau geworden. Als die marokkanischen Jelle und Kelter wieder verschanden sind, will sich Bianca von neuem auf den Weg machen, aber es sind immer noch verstreute Truppen im Felde. Es überfällt ihn, daß man von Drus nicht auf die Höhe steigt; zu Hunderten hätte man sie niedermachen können. Dies hätte er nicht ertragen. Nur von Zeit zu Zeit hört man in unheimlicher Entfernung eine Schußgruppe; die vier oder fünf Kameradschaften, die gegen Mittag von weitem abgehoben wurden, haben in ihm nur eine leise, aufsteigende Welle erweckt, die bald wieder ist. Heftiger Regen am Knie hindert ihn, eine bequemere Lage einzunehmen. Warum schreie ich in Drus nicht mehr? Jagen die Mohren nach mit dem Angriff? Sehen siegen einige über die Kravallung, das Gewehr auf der Schulter. Es sind zweifelhafte Köpfe, obwohl er sie nicht genau erkennen kann. Parawandlung? „Trauriger nicht; sie verraten auch! Seht

ihr nicht die beiden Lastwagen hier in der Ebene, die sie in Brand gesteckt haben, und die Toten ringsum?“
Hat man vielleicht die Wechala, die verbündete marokkanische Hilfstruppe, zusammengezogen um das Fortrücken der Rebellen aufzuhalten? Aber wenn das so ist, warum haben dann vorher die geheimnisvollen Batterien geschossen? Alles das fällt ihm ein, nur nicht, daß die Mohren das Lager gefürmt haben. Er glaubt immer noch an die militärische Kraft des spanischen Heeres, an die Ordnung in diesem Gebiet und an die Befehle der großen Feldlager. Nur eine dunkle Ahnung dümmert in ihm auf, daß sich der Sturm der Vernichtung vielleicht doch vor ihm dahinwälze, und daß er über Drus ebenso hinweggezogen sein könnte, wie über Annual. Schon diese leise Vermutung drückt ihn unermesslich im Halbdunkel des jenseitigen Nachmittags. Schauernd denkt er an die toten Kameraden denen die Mohren späte Pfähle durch Brust und Unterleib getrieben haben. Auch das große Lager von Drus ist ausgegeben worden; es liegt nun ebenso düster und leblos da wie Annual. Das begreift Bianca jetzt, in dieser Stunde der Niedergeschlagenheit und der getriebenen Verurteilung, die dennoch ihre sicheren Eingebungen hat. Hinter Drus tönen sich die Wölfe. Da die Sonne weiter links untergeht, ist es keine Abendröte, sondern ein Brand. Zur Rechten, viel weiter ab vom Lager, verläuft ein Lichtkreis. Es sieht aus wie eine kleine Stadt, in der die Straßenbeleuchtung brennt. Feuer fröhlich durch Büsche und trockenes Kraut.
Langanhaltendes, dumpfes Dröhnen kommt aus unbestimmten Fernen. Die Batterien von Titutin? Oder bricht ein Gewittersturm los? Der Himmel dringt von schwarzem Horizont her, der ein paar schmutzige Riesensinger in den Raum köpft, und von dem Feldtag, das geschwinde, förmige Wolken wie aus Lokomotivenquail über Bianca aufbauen. Auf der Ebene krennen sich immer noch dieselben fahlen oder schwarzen Schatten. Bianca liegt reglos. Ferner Truppenlärm läßt ihn den Atem anhalten und noch mehr aufhorchen. Er wirrt sich zur Erde und brüht das Ohr daran. Schlappernde Pferde. Die Erde bebt unter Kampflärm; er fühlt es mit den gespannten Nerven. In die still und leinache bewegungslos gemordete Luft, die das anstolze Schweben der Natur noch vertieft und die Toten wie unter trübes Glas ragt, bricht mit wildem Jagen ein brausender Gemittersturm wie eherner Hufschlag schäumender Kasse.
* Die schmutzigen Riesensinger des Horizonts sind dunkele Wölfe, die stehen, während im Zenit die Wölfe ziehen.
(Fortsetzung folgt.)

Die Personalpolitik des „Herrenklubs“

Das sogenannte jetzige Preussische Staatsministerium hat durch seinen Beschluß vom 4. dieses Monats einen weiteren Beamtenklub vorgenommen, der in seinem Ausmaß alles bisher in gleicher Beziehung in den letzten 30 Jahren preussischer Geschichte übersteigt. Selbst zu Wilhelms Zeiten — mit Ausnahme der Aktion gegen die Kanalrebellien — hat man sich gehalten, die Staatskasse mit verächtlichen Ausgaben für Ruhe- und Warteständegelder, für Aufwendungen für doppelte Wohnungshaltung und für Umzugskosten zu belasten. Na, wir haben es ja. Wir haben es ja in der Zeit der größten Erwerbslosigkeit, der dauernden Lohn-, Gehalts- und Rentenkürzungen. Ein hervorragendes Lehrbeispiel zum Thema „Sparame Staatsführung!“ In jedem parlamentarisch und demokratisch regierten Staateswesen darf man Verständnis dafür voraussetzen, daß bei sich ändernden Mehrheitsverhältnissen auch gewisse Veränderungen in den Personalien der wichtigsten politischen Ämter stattfinden. Erst recht dann, wenn eine Regierungsmehrheit die bestimmte Aussicht hat, längere Zeit verantwortlich für die Geschicke des Volkes zu zeichnen. Unverständlich wird aber ein verächtlicher Personalklub, wenn ihn ein sogenanntes Staatsministerium vornimmt, das die Legitimation für seine Amtsführung verfassungsmäßig nicht einwand-

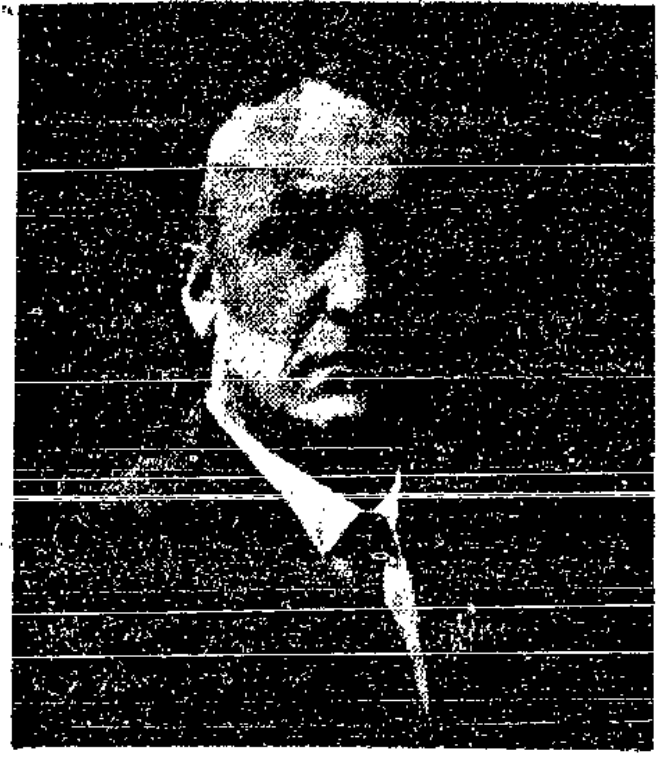
Sozialdemokraten angehört, entfernt worden sind. Wir begreifen kaum den Mut des Herrn Bracht, sich mit seinem eigenen Worte, daß eine ehrliche politische Überzeugung einem Beamten niemals zum Vorwurf gemacht werden soll, so in Widerspruch zu setzen und wie vermuten — bestimmt nicht zu Unrecht — daß die Dirigenten des Herrenklubs stärker sind, als der Vertreter des Staatskommissars mit all seinen „Staatssekretären“. Wir sind also wieder glücklich dahin gelangt, daß eine kleine Herrenklubs, Leute von Ehr und Halt, das Privilegium haben, das deutsche Volk nicht nur an der Spitze, sondern auch in den unteren Stagen des staatlichen Baues zu regieren.

Demgegenüber lohnt es sich vielleicht, darauf hinzuweisen, daß die Regierung Braun in den zwölf Jahren ihres Wirkens selbst in den höchsten — auch politischen — Stellen ausgesprochene politische Gegner belieh und sogar berief. Es genügt nur aus unserem engsten Bezirk ein Beispiel dafür anzuführen: Die Stelle des ständigen Vertreters des Breslauer Regierungspräsidenten war bis 1930 nur mit Männern besetzt, die Mitglieder der Deutschen Volkspartei waren. Keiner von ihnen ist deswegen, weil ihre Partei zur Preußenregierung in schärfster Opposition stand, beurlaubt oder auf Wartegeld gesetzt worden. Einer wurde sogar Regierungspräsident, der letzte wurde Leiter der Landesstelle. Der jetzigen Regierung Popen-Bracht blieb es vorbehalten, brutal und rücksichtslos, die fundamentalsten Grund-

züge kluger Staatsführung auch in personalpolitischen Dingen zu verachten, zugunsten einer Politik, die alles vergessen, aber nichts hinzulernt zu haben scheint.

Wie hat man dagegen zum Beispiel unseren Freund Wagner, den Vizepräsidenten der hiesigen Regierung behandelt? Obwohl in der Öffentlichkeit niemals ein Vorwurf gegen ihn laut geworden ist, obwohl weder die deutschnationale noch die nationalsozialistische Presse niemals etwas an seiner Amtstätigkeit auszusetzen fand, einfach wegen der vollendeten Unparteilichkeit und Sachlichkeit, die seine Amtsführung auszeichnete, mußte auch er jetzt einem Parteigänger der neuen Herren oder doch einem ihnen pöliglich genehmen Beamten, der seine Leistungsfähigkeit erst noch erweisen muß, Platz machen. Ähnliche Beispiele können aus den letzten Monaten mehrere Dutzend angeführt werden. Mit einer solchen Personalpolitik verweigert der interimistische Leiter des Innenministeriums seine eigenen Grundzüge. Und eine solche Personalpolitik beweist, daß völlig unsachliche, rein parteipolitische Gesichtspunkte die Personalpolitik der „Reformatoren“ bestimmen.

Wir stellen dies in der gelassenen Ruhe von Menschen fest, die wissen, daß strenge Herren nie lange regieren und daß dem deutschen Volk und seinen arbeitenden Massen in zunehmendem Maße — trotz allen Glends und aller Not — sein Freiheitsgefühl und sein Freiheitsstolz wächst, daß es eine beratige einseitige und parteipolitische Führerauswahl ablehnt.



Unser Freund Wagner

frei begründen kann, gegen das in diesen Tagen vor dem obersten deutschen Gericht, dem Staatsgerichtshof, die Frage seiner Verfassungsmäßigkeit nachgeprüft und entschieden wird.

Abgesehen von den verfassungsmäßigen Bedenken, muß aber auch die Art und Weise, wie diese Personalmaßnahmen in Gang gesetzt werden, schärfste Kritik herausfordern. Ohne, daß die Beamten vorher gehört werden, ohne, daß man die geringste Einwendung gegen ihre Diensttätigkeit erhoben hat, werden sie aus ihrem Amte entfernt. Sie lesen eines Tages in der Zeitung oder sie hören es gar durch den Rundfunk, daß sie nicht mehr im Amte sind. Welches Geschrei hat gerade die Presse und haben gerade die Kreise des „Herrenklubs“ erhoben, wenn in der demokratischen Zeitepoche gegen einen ihrer Gesinnungsfreunde wegen ganz bestimmt vorliegender Fälle, die eine Disziplinierung aus Gründen der „Staatsraison“ erforderte, eingeschritten wurde. Verletzung der Verfassung, Nichtachtung der erdienten Beamtenrechte, Verletzung von Staatsgeheimnissen durch die Aufblähung des Pensionsfonds waren regelmäßig die Einwände. Davon heute kein Wort, obwohl der Vertreter des Staatskommissars, Herr Oberbürgermeister Bracht, in seiner Rundfunkrede vom 9. September dieses Jahres folgendes wörtlich ausgeführt hat: „Oberster Grundgedanke für die gesamte Beamtenpolitik muß sein: Die Fähigkeit entscheidet, nicht das Parteibuch. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage, daß auch die parlamentarischen Minister der letzten 14 Jahre manche Stelle in ihrer Verwaltung gern mit anderen Persönlichkeiten besetzt hätten, wenn sie nicht unter dem Druck der Parteien der jeweils regierenden Koalitionen nur allzu oft hätten nachgeben und von den Parteiführern präferierte Personen in Beamtenstellungen hätten unterbringen müssen. Ich hätte die Verantwortung für die Reform der preussischen Verwaltung in sachlicher und persönlicher Beziehung nicht übernommen, ich hätte mit den Reformen nicht begonnen, wenn ich nicht im Einvernehmen mit allen Mitgliedern der Preussischen Staatsregierung fest entschlossen wäre, als obersten Grundgedanke in der Frage der Besetzung der Ämter ein für allemal festzulegen: Ueber die Besetzung von Staatsämtern wird allein von den zuständigen Ministern und nicht mehr in den Wandelgängen und Restaurationsräumen der Parlamente entschieden.“ Und weiter: „Die politische Zurückhaltung des Beamten ist eine Taktfrage. Von ihm wird eine Haltung erwartet, die aus der Sorge vor Maßregelung jegliches Bekenntnis zu einer politischen oder weltanschaulichen Richtung vermeidet. Eine ehrliche politische Überzeugung soll einem Beamten niemals zum Vorwurf gemacht werden, wenn er im Dienst seine Pflicht erfüllt und sachlich und überparteilich seines Amtes waltet.“

Wir wollen heute gegen den unberechtigten Vorwurf, die bisherige Preussische Regierung habe nicht aus sachlichen Erwägungen, sondern in vielen Fällen auf das Betreiben der Parteien von diesen präferierte Beamte befördert, nicht polemisieren. Nur eins wollen wir feststellen, daß heute, so weit wir unterrichtet sind, selbst Herr Bracht in seinem eigenen Reifort nicht der bestimmende Faktor ist, daß vielmehr der Herrenklub und der Fraktionsführer der deutschnationalen Landtagsfraktion, Herr Borch, die Personalien bestimmt. Die „Danziger“ Bundesgenossen von vorgestern fragen schon an, wieviel höhere Beamte, die dem Corps der Saksaner angehören, jetzt in Preußen befördert worden seien. Deshalb ist es auch nicht weiter auffällig, daß unter den neu beförderten und jetzt erst als „hervorragend tüchtig“ bekannten höheren Beamten ein hoher Hunderter Träger adliger Namen sind. In welchem politischen Lager die ehemaligen Corpsstudenten bis auf verschwindende Ausnahmen stehen, ist doch auch kein Geheimnis. Ebenfalls ist erwiesen, daß außer einigen linksstehenden Zentrumskennern und einigen Demokraten nur Beamte, die der

Unfassbare Feigheit von Naziführern

Erst heken sie die Jugend in Verbrechen, dann lassen sie sie im Stich

In der Dienstan-Sitzung des Braunschweigischen Landtages fanden die nationalsozialistischen Uebergriffe bei dem letzten Braunschweiger Stahlhelmzug ein parlamentarisches Nachspiel. Selbst der völksparteiliche Abgeordnete Brandes tritt für die unter Klages eingetragenen Zustände. Allerdings mußte er von sozialdemokratischer Seite hören, daß die vürgerlichen Parteien in Braunschweig jahrelang diese Zustände geduldet, ja gefördert hätten und trotz der zahlreichen Klagen und Beschwerden der Arbeiterbevölkerung kein Wort der Kritik geäußert hätten. Jetzt, da sie den Terror der Nazibanden am eigenen Leibe spürten, müßten die bürgerlichen Parteien die Berechtigung der sozialdemokratischen Anklagen anerkennen.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Thelemann beleuchtete die unfassbare Feigheit der nationalsozialistischen Führer, die erst die jugendlichen Anhänger zu Verbrechen anreizten und sie hinterher fallen ließen. Das allein

führe zu den in diesen Tagen bekanntgewordenen Selbstmordversuchen inhaftierter jugendlicher SA-Mitglieder. Nachdem bereits kürzlich einer der verhafteten Sprengstoffattentäter sich aufhängen versucht, hat nunmehr einer der bei dem Ueberfall auf den Stahlhelmzug festgenommenen Nationalsozialisten ein Küchenmesser verschluckt und liegt lebensgefährlich verriet ins Krankenhaus. Bei beiden jugendlichen Nationalsozialisten ist das Motiv zu ihrem Selbstmordversuch die Tatfache, daß sie von ihrer Partei als „Provokateure“ abgeschüttelt worden sind. Diese Gemeinheit einer krunpellofen Naziführung wollen die beiden nicht überleben. Scharf gingen die weiteren sozialdemokratischen Redner mit den Methoden des Naziministers Klages ins Gericht. Unter ihm sei ein Denunziantentum bei der Polizei eingegriffen, das jeglicher Beschuldigung spottet. Beamte, die pflichtgemäß gegen nationalsozialistische Verbrechen vorgegangen seien, wären gemäßregelt, ja sogar entlassen worden.

Wie Papen Deutschlands Ausfuhr zerstört

Scharfes Protesttelegramm des Hamburger Senats an Papen

Der Hamburger Senat hat an den Reichskanzler folgendes Telegramm gerichtet: „Erfahrungen seit Einleitung Verhandlungen über Einfuhrkontingent bedürftigen Beschränkungen Hause für alle Umfänge. Weltgehende Schädigungen Ausfuhrhandels mit Holland, Dänemark, Schweden, Finnland, Estland bereits eingetreten. Empfang deutscher Vertreter im Ausland wird vielfach grundtätlich unter Hinweis auf beschäftigte deutsche Kontingentierungen abgelehnt. Englischer Export überall im Vordergrund laut großtätiger Propaganda. Nur durch entschlosseneren Bericht auf Durchführung Einfuhrkontingentierungen kann Schlimmstes verhütet werden. Stehen zu mündlichen Erläuterungen gern zur Verfügung.“

haupte keine Stimme. Auch in der Betriebswerkstätte Halle wurde nicht eine nationalsozialistische Stimme abgegeben. Von den 277 Stimmen des Hauptbahnhofes Halle entfielen auf die Nationalsozialisten 2, nur unter der Beamtenschaft der Direktionszentrale in Halle kamen die Nationalsozialisten auf 295 von 593 Wahlberechtigten.

Papen-Reflexe geplakt

Wieder ist eine Reflamelüge der „nationalen Presse“ wie eine Seifenblase zerplatzt. Seit Wochen bezichten unsere „nationalen“ Blätter, daß Herr v. Papen während des Krieges in Palästina die Eroberung Jerusalems durchgeführt habe. Angeblich hat er zu diesem Zweck seinen fieberkranken Vorgesetzten, Limann v. Sanders, gefangen gesetzt. In einem Brief an die Witwe des Generals stellt v. Papen jetzt fest, daß die Mitteilungen in der Presse „völlig unrichtig“ sind, er der Veröffentlichung fernsteht und bedauere, daß durch die Darstellung das Andenken des hochverdienten Herrführers verletzt worden sei.

Die Feststellungen des Herrn v. Papen kommen reichlich spät. Die heldenhafte Reflamelüge für ihn geht schon seit Wochen vor sich.

Das erste Opfer des Zwidels

Königsberg, 11. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Die sozialdemokratische „Königsberger Volkszeitung“ ist wegen einer Kritik an dem Zwidel-Erlaß auf vier Tage verboten worden. Der Zwidel hat sein erstes Opfer.

Papen in München

Der Reichskanzler ist heute zu einem Staatsbesuch in München eingetroffen. Er wurde von dem bayerischen Ministerpräsidenten empfangen.

Die „Bayrische Staatszeitung“ sagt zu dem Berliner Besuch, daß in Bayern gegen den neuen Kurs im Reich, und zwar vor allem wegen der in Berlin geplanten und von den verschiedenen Interessengruppen eifrig betriebenen Reichsreform nach wie vor starkes Mißtrauen besteht.

Nazimörder gefaßt

Sieben Mitglieder des Sturm 14 festgenommen

Die Berliner Polizei hat bisher wegen des Ueberfalls von Mitgliedern des Sturms 14 der Nationalsozialistischen Partei auf ihren ehemaligen Kameraden, v. Bellmont, Sohn des Generalmajors v. Bellmont, sieben Angehörige des betreffenden Sturms festgenommen und dem Untersuchungsrichter zum Erlaß von Haftbefehlen zugestellt. Unter den Festgenommenen befindet sich auch der Haupttäter, der unter der Wucht des Beweismaterials zugeben mußte, daß er Bellmont mit einer Bierflasche niedergeschlagen hat. Der Kreis der Schuldigen ist noch nicht restlos erfaßt. Mit weiteren Verhaftungen ist zu rechnen.

Neue Propagandaleiche Hitlers

Nicht erworbet, sondern an der Vernachlässigung auf dem Hitler-Jugendtag gesehen

Hitler hat wieder einmal eine Propaganda-Beize gebraucht und prompt wurde sie aus Köln gelieft. Dort wurde am letzten Sonntag, nach dem Bericht des Kölner Nazi-Blattes, der erworbene 15jährige Hitlerjunge Erich Niejaht zur letzten Ruhe bestattet. In Wahrheit ist Niejaht an Lungenerkrankung gestorben, die er sich vielleicht, wie so viele seiner Kameraden, beim Hitlerjugendtag in Potsdam gefaßt hat, wo die bedauerlichen Krankheiten und Wunden teilweise im Chemiesaal, teils im Zell und ohne Dede in kalter Nacht auf dem Erdboden kumpierten, während Hitler und sein Stab im Hotel schliefen. Die Leiche Niejahts wurde von einem Reparatur-objekt, aber es war unglücklich, eine andere Leiche, als die Lungenerkrankung festzustellen.

Grazynski in Abten

Warschau, 10. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Ein aufsehenerregender Prozeß um die polnische Minderheitenpolitik begann am Montag vor einem Warschauer Amtsgericht. Der berühmteste Pilsudski-Politik in Oberschlesien, Grazynski, klagt gegen den bekannten Warschauer Politiker und Publizisten Professor Studnicki, weil dieser ihn öffentlich wegen seiner Minderheitenpolitik in Oberschlesien einen „Provokateur und Schling Polens“ genannt hat.

Der Angeklagte, Studnicki, ist Anhänger des Pilsudski-Regimes. Bei seiner Vernehmung beharrte Studnicki auf seinem Auspruch, zu dessen Begründung er den vollen Wahrheitsbeweis antreten will. Das Gericht beschloß, zahlreiche oberösterreichische Politiker, darunter auch den deutschen Minderheitsführer Ullrich, sowie Opfer der Terrorakte des Aufständischenverbandes, als Zeugen zu haben. Darauf wurde der Prozeß vertagt. Angefaßt der großen Sensation, die der Prozeß hervorgerufen hat, dürfte die Wiederaufnahme der Verhandlung wohl erst in einigen Monaten erfolgen. Während dieser Zeit wird die Regierung maßtätlich versuchen, die Sache aus der Welt zu schaffen.

Schwere Regimenterlage

Bei den Beamtenwahlen der Eisenbahn

Halle, 12. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In Solta erlitten die Nationalsozialisten bei den Beamtenwahlen zwei, auf dem Hauptbahnhof Leipzig 1 und auf der Wüterabfertigung in Leipzig über-

Der sozialistische Wahltag in Belgien

Brüssel, 11. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Das zusammenfassende Ergebnis der Gemeinde-

wahlen in Belgien zeigt, daß die Sozialisten einen Reingewinn von über 100 Mandaten und von 60 Gemeindeverwaltungen zu verzeichnen haben.

Ultralicht gegen Schmuggler

Versuche mit maschineller Grenzicherung - Praktische Optik

Am der wehrdeutschen Grenze wird, jetzt eine, seit Jahren bekannte, Erfindung praktisch gegen das Schmuggelwesen ausprobiert.

Autartieprojekte, Zollmauern und monopolkapitalistische Drohungen politischer Einfuhr öffnen die Grenzen der davon betroffenen Länder dem Großschmuggel. Besonders Westdeutschland mit seinem hohen Verbrauchsstand, ist jetzt wirkungsfähiger Einbruchstand für die Schmuggler geworden. Von reichen Besitzschaften und Brillanten bis herab zur künstlich verteilten Brotkrume wird dort alles geschmuggelt, was eines Umfanges wert ist.

Die Zollbehörden versuchen mit allen, nur erdenklichen Mitteln den Schmuggel zu bekämpfen. Streifen, Motorpattrollen, Motorradfallen, Nagelbreiter, Drahtverhaue, Hunde und Barrakden werden in den Dienst gestellt, um, gemeinsam mit der Androhung hoher Geld- und Haftstrafen, dem Schmuggel zu Leibe gehen zu können. Aber selbst starkstromgezügelter konnten bisher nur hemmen, niemals aber die Grenzen schließen. Gegenwärtig wird nun ein anderes, gegenwärtiges Kampfmittel gegen den Schmuggel ausprobiert, das schon seiner rein technischen Eigenart wegen größeres Interesse beanspruchen dürfte. Bei Nachen wird versucht, die Grenze Lichtmaschinell zu sichern. Auf einer 1500 Meter langen Grenzstrecke ist ein optischer Raumschutz eingebaut worden, der vermittels unsehbarer Strahlen und einwirkender optischer Reflexwirkung eine Sperrzone über die Grenze legt, die kein Unberechtigter passieren kann, ohne dabei den Apparat zu alarmieren.

Die Sperrung der Grenze erfolgt durch die sogenannten ultraroten Strahlen, die dem Auge unsichtbar sind, da sie jenseits des roten Lichtspektrums liegen. Die Strahlen werden durch eine besonders konstruierte Strahlampe ausgesandt und von einem Empfänger am Ende der Versuchsstrecke registriert. Werden die Strahlungen unterbrochen, und das geschieht immer, wenn sich ein Mensch zwischen dem Sender und Empfänger bewegt, dann läßt diese Unterbrechung die Alarmvorrichtung aus, die zudem noch anzeigt, an welchem Orte die Störung aufgetreten ist - was um so wichtiger ist, als ja die Landesgrenzen verhältnismäßig oft sehr unübersichtliche Formen aufweisen: Busch, Wald, Wälder, Täler und Höhen. Durch diese Registrierung kann also ein langes, unsichtbares Aufkauern um in Notfall kommen.

Die Lampe, die diese Strahlen des Betrags aussendet, war bisher, das Haupthindernis bei der Durchkonstruktion des Apparats, da ultrarote Strahlen in solchen Mengen, wie sie benötigt werden, allein nicht ausgesandt werden können: sie werden immer in Verbindung mit anderen, wahrnehmbaren Strahlen gegeben werden müssen. Nämlich aber in eine Lampe konzentriert werden. Die durch rotierendes Glas die optisch durch das Auge wahrnehmbaren Strahlen abblendet und nur die unsichtbaren Strahlen ausstrahlt, so daß also mit größter Lichtintensität gesendet, die Grenze aber unsichtbar gesperrt werden kann.

Mit diesem optischen Raumschutz, der sich die neuesten Fortschritte der Physik des Lichtes zu eigen macht, kann die Grenze nicht nur in ihrer Breite und Länge, sondern auch nach größeren Höhen hin geschützt werden. Die Erfindung ist in Frankreich seit Jahren bekannt, wird aber jetzt zum ersten Male öffentlich in Tätigkeit gesetzt und so ausprobiert, daß sie jedem Interessenten zugänglich ist. Selbstverständlich wird dabei auch die Gegenwirkung zugleich mit ausprobiert. Bisher war es immer möglich, an älteren Apparaten dieses Systems, durch das sogenannte Überblenden, die ultraroten Lichtstrahlen, besonders aber den Alarmempfänger unwirksam zu machen und dadurch im praktischen Falle dennoch die Grenze für die Schmuggler zu öffnen. Das vollzieht sich in der Form, daß man einfach die Sendelampe ausfindig machte und sie mit einer stärkeren Lampe, etwa einem Lichtstrahl Autocheinwerfer, überblendete. In dieser neuen Konstruktion hat man dem bereits Rechnung getragen und durch Steigerung der Lichtfrequenz, ähnlich wie beim Wechselstrom, diese Gegenwirkung ausgeglichen.

Es werden sicherlich noch längere Zeiten vergehen, ehe der Apparat so weit gebrauchsfertig ist, daß man damit alle Grenzen sichern kann, denn noch sind die praktischen Gegenwirkungen, die in dem rein atmosphärischen Wirken, in der Natur selbst liegen, noch nicht erloschen. Sie werden bei den ultraroten Strahlen der Grenzen genau so geheimnisvoll aber deutlich wirksam sein wie heute bei den viel länger durchdringenden Strahlen der elektrischen Schwingungswellen des Radio. Hoffen wir indes, daß bald in Deutschland eine Politik gegen Zollmauern und Autartiegeleien getroffen wird und deshalb solcherart Grenzschutz nicht erst aufgebaut zu werden braucht.

Cehinis Revolververkauf

Der der vorläufigen Ermordung seiner aus Berlin stammenden Ehefrau Cehi, geborene Koppel, beschuldigte Italiener Luigi Cehini, der sich vor dem Schwurgericht in Locarno zu verantworten hat, würde in der Dienstag-Verhandlung festgesetzt. Eine Zeugin behauptete, wie sie wenige Stunden vor der Tat von Cehini gestört worden sei, wo er einen Revolver kaufen könne. Auch der Waffenhändler, bei dem Cehini den Revolver kaufte, wurde vernommen.

Selbstmord eines Berliner Landgerichtsrats

Der seit einiger Zeit in Sellin auf Rügen zur Erholung weilende Landgerichtsrat Kleiner aus Berlin-Wilmersdorf wurde i. a. v. dem Schwarzen-See-gebirgen. Der Landgerichtsrat war von einem Spaziergang nicht zurückgekehrt, so daß man bejorgt um sein Schicksal auf die Suche ging. Es zeigt einwandfrei, daß Landgerichtsrat Kleiner, der seit längerer Zeit nervenleidend war, freiwillig in den Tod gegangen ist.

Sprengstoffanschlag gegen eine Kirche

In Achaffenburg ist der bereits im Mauerwerk fertiggestellte 20 Meter hohe Turm der neuen evangelischen Pauluskirche am 6. Oktober eingestürzt. Wie die Achaffenburger Zeitung jetzt meldet, ist gestern vormittag bei den Aufräumarbeiten eine Stelle entdeckt worden, an der ein Sprengstoffladung angebracht war. Man fand noch ein Stück unzerbrochene Ründhahn sowie Sprengkapseln.

Gronau in Rangun

Das Flugzeug unbeschädigt

In einem Juntspruch teilt Wolfgang von Gronau mit, daß das Flugboot im Schleppe der „Caragola“ gestern früh in Rangun eingetroffen ist. Die Besatzung sei wohlaut, die Maschine in bester Verfassung. Er hoffe, recht bald weiterfliegen zu können.

Der König der Autodiebe

Der in mehr als dreihundert Fällen schuldige Chef der Berlin-Sieglicher Autodiebesbande, der Kaufmann Paul Höhne, hat sich der Berliner Kriminalpolizei gestellt. Nachdem zwei seiner Komplizen, der Kaufmann Rindfleisch und der Kaufmann Klewig, bereits Ende vergangener Woche verhaftet werden konnten, war der gesamte grenzdeutsche Fahndungsdienst auf Höhne aufmerksam gemacht worden. Der Geächtete sah keine Möglichkeit mehr, ins Ausland zu flüchten. Höhne ist sofort festgenommen worden; gleichzeitig mit den Straf-

Wieder ein „nationaler“ Kummel geplagt

Der „letzte Kriegsgefangene“ ein Schwindler

In der Angelegenheit des Oskar Daubmann aus Endingen scheint eine sensationelle Wendung eingetreten zu sein. Im Verlaufe der letzten Zeit haben sich mehrere Persönlichkeiten bei den behördlichen Stellen gemeldet, darunter ein ehemaliger Fremdenlegation aus Essen a. d. Ruhr, dem Oskar Daubmann am Montag abend in Endingen gegenübergestellt wurde. Im Verlaufe der weiteren Feststellungen wurde Daubmann gestern vom Landesspalizeamt Karlsruhe gesucht, da sein Aufenthaltort nicht bekannt war. Daubmann befand sich auf einer Vortragsreise, konnte aber ermittelt und zur Vernehmung auf die Polizeidirektion Freiburg (Breisgau) gebracht werden. Ueber diese Vernehmung durch die Beamten des Landesspalizeamtes Karlsruhe ist amtlich noch nichts mitgeteilt worden. Es soll aber mit größter Sicherheit feststehen, daß die Vernehmung die Unrichtigkeit Daubmanns ergeben hat. Es wird sogar angedeutet, daß Oskar Daubmann gar nicht der wirkliche Oskar Daubmann ist, sondern ein Schwindler, der es verstanden hat, viele zu täuschen. Jedenfalls haben die verschiedenen Gegenüberstellungen Daubmanns mit anderen Persönlichkeiten ihn außerordentlich schwer belästet. Ein be-

verfahren gegen ihn und seine Komplizen werden eine Reihe von Strafverfahren gegen Käufer gestohlener Autos eröffnet werden. Die Staatsanwaltschaft ist der Meinung, daß alle, die zu nächstlicher Stunde auf entlegenen Landstraßen Autos kauften, gewußt haben, daß sie sich der Schleierei schuldig machten.

Der Alabama-Prozess

Vor dem höchsten amerikanischen Gerichtshof in Washington wurde im Berufungsverfahren gegen die wegen angeblicher Vergewaltigung von zwei weißen Prostituierten zum Tode verurteilten acht Alabama-Regen im Alter von 13 bis 21 Jahren verhandelt; das Urteil des Gerichts ist erst Ende dieser Woche zu erwarten. Mit den einzelnen Zeugenaussagen, die Start von einander abwichen, befaßten sich die Verteidiger nur wenig. Sie machten vielmehr geltend, daß bei dem früheren Prozeß vor dem Gericht in Alabama die Rechte ihrer Mandanten nicht gewahrt worden seien; insbesondere wiesen sie darauf hin, daß sich unter den Geschworenen entgegen der geltenden Vorschriften kein Neger befunden habe.

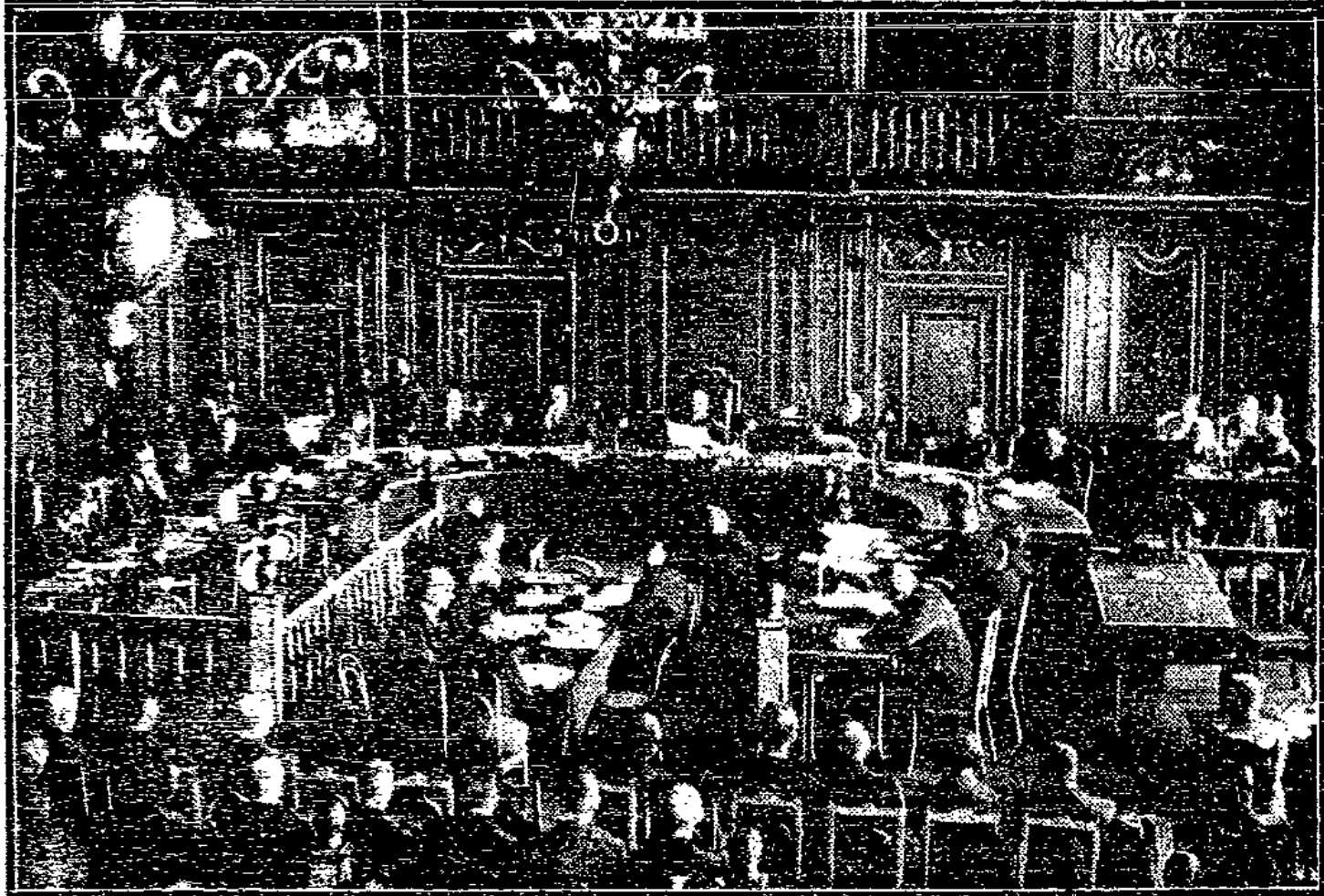
sonderes Beweismaterial dafür, daß Daubmann nicht Oskar Daubmann sein soll, sollen auch Fingerabdrücke sein, die bezüglich der wirklichen Person des Daubmann gewisse Schlüsse zulassen.

Nach einer weiteren Meldung hat der angebliche Oskar Daubmann bei seinem Verhör durch Beamte des Landesspalizeamtes Karlsruhe gestanden, nicht der wirkliche Oskar Daubmann zu sein. Er gab zu, daß seine Angaben nicht in allen Teilen auf wirklichen Erlebnissen beruhen. „Oskar Daubmann“ ist gestern abend verhaftet worden.

Der wirkliche Oskar Daubmann, der vor 16 Jahren während des Krieges als vermißt gemeldet wurde, ist, wie jetzt amtlich festgestellt wird, nicht mehr am Leben. Der salische Seimkehrer soll ein von der Polizei seit Jahren gesuchter Verbrecher namens Christian Hummel aus Offenburg sein, der 1922 aus der Schweiz ausgewiesen wurde.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß die kleine Stadt Endingen und insbesondere ihre „nationale“ Bevölkerung dem „letzten Kriegsgefangenen“ und „letzten Kriegsgefangenen“ Ende Mai einen jubelnden Empfang bereite-

Der Prozess Breußen-Reich vor dem Staatsgerichtshof



Ein Blick in den Verhandlungssaal des Reichsgerichtsgebäudes während des Prozesses der rechtmäßigen preußischen Regierung gegen das Reich. Am linksseitlich der Staatsgerichtshof - am linken Tisch die Vertreter Preußens - am Mittelisch die Vertreter Bayerns und Badens - am rechten Tisch die Reichsvertreter.

König Dickerle und sein Gönnerchen

Von G. Th. Rotman



„So“, sagte die Schwalbe, „nun werde ich meinen Vetter aufsuchen, um mit ihm unseren Reiseplan nach Afrika zu besprechen.“
„Hör mal“, jagte Viererpiß, „sagst du uns nicht mal mitnehmen?“
„Nein, das geht nicht“, erwiderte die Schwalbe, „dafür seid ihr zu schwer. Aber frage doch mal den Klapperstorch, der ist kräftig genug und zieht auch schon einen Monat eher als ich fort.“



Sie fragten nun den Klapperstorch, und dieser war damit einverstanden. „Es ist doch so schön in Afrika“, sagte er, „und wenn ich etwas schön oder hübsch finde, hab' ich gern, daß andere dies auch genießen. Aber ihr müßt sorgen, daß ihr in einer Woche genau um dieselbe Zeit hier seid.“

Wegen Tötung ihres Kindes verurteilt
Tragödie um eine erblich belastete Mutter

Das Schwurgericht unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Winkler verurteilte gestern die 23jährige Arbeiterin Frieda S. wegen Tötung ihres sieben Wochen alten Mädchens unter Zuhilfenahme mildernder Umstände zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahre und gewährte ihr gleichzeitig eine dreijährige Bewährungsfrist.

Auf der Anklagebank saß ein junges Mädchen, das teilnahmslos der Verhandlung um sein Schicksal folgte, und eine Tragödie um ein Menschenleben wurde offenkundig, wie sie erschütternder kaum vorstellbar ist. Als Kind eines epileptischen Vaters geboren, mußte das Mädchen wegen schwacher Befähigung die Hilfsschule besuchen und auch diese nur bis zum 11. Lebensjahre. Selbst als Kindermädchen erwies sie sich als untauglich, verbrachte einige Jahre in einer Schokoladenfabrik ihren Lebensunterhalt und wurde schließlich vom Schicksal der Arbeitslosigkeit ereilt. Im Oktober vorigen Jahres gab die damals Zweieinundzwanzigjährige einem Mädchen das Leben. Den einzigen Anhalt fand sie bei dem Vater des Kindes, der sie heiraten wollte und des durchaus willkommene Kindes besorgte war. Freilich blieb dieses sich anbahnende Familienglück nicht von den Nöten proletarischen Schicksals verschont. Mutter und Sohn, sowie die fünfjährige Schwiegertochter mit ihrem Kinde mußten sich in ein kleines Zimmer teilen und die junge Mutter war überdies ganz allein und sich selbst überlassen. Eine gewiß nicht ernstgemeinte Bemerkung, daß man nicht immer werde zu Wieren in dem einen Zimmer bleiben können, genügte, die junge Mutter zu veranlassen. Ihr eigenartiges Seelenleben — sie ging beispielsweise mit Barbiere zu Besichtigungen ihrer völlig fremden Personen — ließ sie keinen Ausweg mehr sehen, aber sie offenbarte sich auch ihrer Umgebung nicht, die es durchaus gut mit ihr meinte.

Kurz vor Weihnachten legte sie ihrem inzwischen sieben Wochen alten Töchterchen eine Windel um den Hals, knetete sie zu, löste sie aber bald wieder. Sie selbst wollte sich dann aus dem Fenster stürzen, sprach aber zurück. Schon am nächsten Tage offenbarte sie sich ihren Angehörigen und ging zur Polizei, wo sie ein Geständnis ablegte.

Der Polizeimeizinstrakt, dem die Verhaftete vorgeführt wurde, glaubte mit gutem Recht eine gemeingefährliche Geistesgestörte vor sich zu haben.

So kam das bedauernswerte Mädchen auf die Einbaumstraße und von dort in die Provinzial-Heil- und Pflanzanstalt Reiz, von wo sie unter Begleitung einer Pflegerin dem Schwurgericht vorgeführt wurde.

Der Anklagebank saß ein junger Mann, der als Sachverständiger ein Gutachten erstattete, anerkannte zwar eine erbliche Belastung und einen gewissen Grad von Schwachsin und eine psychopathische Konstitution, doch hielt er entsprechend seiner Beobachtungen eine Unzurechnungsfähigkeit im Sinne des § 51 nicht für vorliegend. Der Sachverständige verteilte die Auffassung, daß es sich nicht einmal um einen Grenzfall handele.

Der Anklagebank saß ein junger Mann, der als Sachverständiger wegen Totschlags unter Zuhilfenahme mildernder Umstände eine Gefängnisstrafe von drei Jahren. Er ging dabei von der Voraussetzung aus, daß für das Strafmaß nicht allein der Totschlagsparagraf, sondern auch der § 217 zu berücksichtigen sei, der für eine Mutter, die ihr Kind in oder gleich nach der Geburt tötet, eine Mindeststrafe von drei Jahren Zuchthaus vorseht.

Dieser Auffassung schloß sich das Gericht aber nicht an. Es hielt eine Gefängnisstrafe von einem Jahre für ausreichende Sühne, weil erwiesen sei, daß die Angeklagte nicht aus verbrecherischer Neigung, sondern aus seelischer Not gehandelt habe. Da der Bräutigam des Mädchens erklärte, seine Verlobte bald heiraten zu wollen, bewilligte das Gericht auch die Strafaussetzung, die in diesem Falle wirklich am Platze war.

Wer vor Nazis flüchtet, ist schuldig
Sagt ein Staatsanwalt, natürlich wenn es sich um Reichsbannerkameraden handelt

In einem Prozeß vor dem Schnellschöffengericht zeigte es sich wieder einmal, daß man die Faschisten auf die Anklagebank geleitet hatte. Die Nazis hatten provoziert und geprügelt und die Reichsbannerkameraden mußten sich wegen Körperverletzung verantworten. Es ist nun eben immer das Gleiche. Die Nazis veranlassen in irgendeinem Dorfe einen „Deutschen Tag“, ziehen ihre Pö. aus der ganzen Umgegend heran, und wenn sie dann stark sind, provozieren sie eine Schlägerei. Am 31. Januar dieses Jahres traf man sich in Meleschowitz. Als sie auf ihren Fahrern in das Dorf kamen, brüllten sie nach allen Seiten „Heil Hitler“. An einer Stelle standen einige Reichsbannerleute, die wirklich in diesen Ruf nicht einstimmen konnten, weshalb sich die Nazis sofort auf die Reichsbannerkameraden stürzten und auf diese mit Fahrradstößern, Luftpumpen und Gummimäppel einhieben. Drei Reichsbannerkameraden wurden schwer verletzt. In der allgemeinen Schlägerei, die sich dann entwickelte, erhielt auch ein Nazis einen Schlag auf den Kopf. Angeblich soll ihm dieser Schlag von einem Reichsbannerkameraden mit einem Billardstock beigebracht worden sein.

Dabei steht fest, daß die SA-Leute, Alois Kapper und Erich Pfeiffer den bekannten Riegersfeldern erklären: „SA raus!“ Trotzdem wie schon gesagt, drei

Reichsbannerkameraden schwer verletzt wurden, und sich nicht ein einziger verwundeter Nazi gemeldet hat, wurden sechs Reichsbannerkameraden aus Meleschowitz wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung angeklagt.

Die beiden Nazis Kapper und Pfeiffer waren wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten mitangeklagt. Die beiden Nazis bestritten selbstverständlich. Sie haben nur vor ihrer Tür gestanden und wollten nur zusehen, was da werden wird. Die neunstündige Verhandlung erbrachte das übliche Bild. Die Nazis hatten einen gutfunktionierenden Nachrichtendienst im Gericht eingerichtet und so waren alle Aussagen wieder völlig übereinstimmend. Schon vor der Verhandlung hatte man sich besprochen, wer von den Angeklagten besonders belastet werden sollte. Zu den Reichsbannerkameraden, die von den Nazis belästet wurden, gehörte auch der Arbeiter Josef Scholz, der an dem vorübergehenden Tage in Meleschowitz seinen schwerverletzten Bruder aus den Klauen der braunen Bestien befreit hatte. Gegen diesen konnten sie jetzt gar nicht genug heheln. Der Nazi Hans Furchbrich aus Damppe verteidigte sich sogar zu der Behauptung, daß vom Reichsbanner die Parole ausgegeben worden sei, zu provozieren. Merkwürdig war es auch, daß der Nazi Fritz Vietzsch aus Damppe verurteilt wurde, trotzdem zweifelsfrei feststeht, daß er mit auf die Reichsbannerkameraden eingeschlagen hat. Uebersehenderweise stand es für Staatsanwalt Schmidt fest, daß Josef Scholz mit dem Billardstock geschlagen habe, trotzdem die Beweisaufnahme dafür nicht den geringsten Anhalt gegeben hatte. Der Staatsanwalt konstatierte sogar eine ungläubliche Rohheit, mit der die Nazis geschlagen worden seien. In Wirklichkeit war es umgekehrt.

Als ein Beweis für die Schuld der Angeklagten führte er ins Treffen, daß diese geflüchtet seien. Er meint, wer flüchtet, mußte schuldig sein. In Wirklichkeit mußten sie natürlich vor der Uebermacht der Nazis flüchten. Er beantragte, Josef Scholz mildernde Umstände zu verjagen und

ihn zu drei Monaten Gefängnis zu verurteilen. Gegen die anderen fünf Reichsbannerkameraden wurden 30, 50 und 60 M. Geldstrafe beantragt. Bei den angeklagten Nazis hielt der Staatsanwalt ihre Erregung für begreiflich. Doch da immerhin der Nachweis geführt sei, daß sie die Menge aufreizten „SA raus“ oder „Holt doch den langen Kerl raus“, beantragte er gegen jeden einen Monat Gefängnis, indem er ihnen ausdrücklich mildernde Umstände zubilligte. Rechtsanwalt Dr. Grabowski wies in seinen Ausführungen auf die Unmöglichkeit hin, daß man diejenigen, die geschlagen wurden, verurteilen wolle, während die Schläger als Zeugen auftreten. Das Urteil, das dann gefällt wurde, war mehr wie salomonisch. Wurde doch Josef Scholz, der seinen blutenden Bruder aus den Händen der Nazis befreit hatte, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Die weiteren Reichsbannerkameraden wurden freigesprochen. Freigesprochen wurden aber auch die beiden Nazis, trotzdem einwandfrei feststeht, daß die Beiden durch ihr Heheln die Schlägerei geschürt haben.

Die Devisenschleppungen der Eisenhandels-A.G.

Ende September dieses Jahres wurde der Direktor Schmidt von der Eisenhandels-A.G., Breslau, unter dem dringenden Verdacht des Vergehens gegen die Devisenbestimmungen in Düsseldorf verhaftet; gegen den Prokuristen dieser Firma, der sich in der Tschechoslowakei befand, wurde ein Steckbrief erlassen. Es wurde ihnen zum Vorwurf gemacht, von der Reichsbank durch Vorlage unrichtiger Unterlagen über die Einfuhr der Firma höhere Devisenbeträge erhalten zu haben, als sie ihr zugestanden hätten. Der Wert der Devisen, für den die Reichsbank den Gegenwert in Reichswährung erhalten hat, wird auf einige hunderttausend Mark geschätzt.

Jetzt hat Direktor Schmidt ein Geständnis abgelegt und ist daraufhin aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Die Untersuchung soll auch auf zwei Aufsichtsratsmitglieder, die sich in der Tschechoslowakei befinden ausgebeugt werden. Soweit sich ein Tatverdacht gegen andere Personen und gegen einige Firmen ergeben hat, soll die Sache an die zuständigen Staatsanwaltschaften in Berlin, Hamburg und Tilsit zur Strafverfolgung abgegeben werden. Die Angelegenheit scheint also recht weite Kreise zu ziehen.

Das Nachtgespenst vor dem Schwurgericht
Der Ueberfall auf die Kinokasse auch auf seinem Konto

Ein durch schlechte Veranlagung und schlechte Erziehung völlig aus der Bahn geworfener Mensch hatte sich am Montag vor dem Schwurgericht unter der Anklage des vollendeten und versuchten Raubes, des versuchten Totschlags, des Vergehens gegen das Schusswaffengesetz und Vergehens zu verantworten.

Der 25 Jahre alte Fabrikarbeiter Stephan Ruschin ist ein Mann, dessen Intelligenz zwar über dem Durchschnitt steht, der aber durch widrige wirtschaftliche Verhältnisse schon in jungen Jahren vollständig verwahrloste. Aus einer kinderreichen Familie aus Polnisch-Oberschlesien stammend, hatte er zunächst Schneider gelernt, war dann Grubenarbeiter und Fabrikarbeiter geworden und fristet sein Leben seit dem Jahre 1927 nur noch als Gelegenheitsarbeiter oder durch Betteln. Vor einigen Jahren erhielt er in Dresden wegen Raubes eine Zuchthausstrafe von drei Jahren. 1931 kam er nach Breslau. Hier beging er dann eine Reihe gleichgearteter Raubereien, so daß die jetzt vor dem Schwurgericht zur Anklage stehenden Straftaten nur ein kleiner Auschnitt aus seinen Straftaten sind.

Wo er in erreichbarer Höhe offene Fenster sieht, steigt er ein. Hindernisse kennt er nicht, denn wenn die im Zimmer schlafenden Bewohner tatsächlich erwachen, hält er ihnen den Revolver vor, und dann verhaften sie sich meistens auch ruhig, ohne daß er Schüsse abgeben braucht. Ihm kommt es nur auf Geld und Wertgegenstände an. Sobald er dieses hat, verschwindet er wieder. Viele nächtlichen Besuche haben ihm in seinem Kreise den Beinamen „das Nachtgespenst“ eingetragen. Am 3. November 1931 konnte das Nachtgespenst verhaftet werden. Inzwischen wurden eine ganze Reihe seiner Raubereien abgeurteilt, indem er zu dreieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Die jetzt zur Anklage stehenden Straftaten müßten aber vom Schwurgericht abgeurteilt werden, weil er sich auch des Verbrechens gegen das Leben schuldig gemacht hatte. Ruschin ist im wesentlichen geständig, bestritt aber mit Entschiedenheit, die Absicht gehabt zu haben, jemanden zu erschließen. Er habe die Leute nur erschrecken wollen, und überhaupt sei er, wenn ihm jemand entgegentrat, immer sehr höflich gewesen. So gibt er auch zu, daß er am frühen Morgen des 5. Oktober 1931 in eine Barterwohnung auf der Moritzstraße in ein offenes Fenster einstieg. Ihm sei alles egal gewesen. Er wollte sich unter allen Umständen Geld verschaffen. Ständig mußte er im Freien nächtigen und hatte nichts zu essen. Tatsächlich hatte er aber erst am 28. September vorigen Jahres bei einem Einbruch 940 Mark erbeutet, wovon er eigentlich lange hätte leben können. Vielesicht glaubte er noch einen solchen guten Griff zu machen.

Doch als er im Zimmer stand, wurde die darin schlafende Dame nach und nach schreiend um Hilfe. Ruschin beruhigte sie, zog ihr das Deckbett über den Kopf und rebete auf sie ein, doch ruhig zu sein, er wolle ihr doch nichts tun. Der Räuber nahm ihre Handtasche mit 8 Mark Inhalt und verschwand. Ein

Wächter der Wach- und Schließgesellschaft hatte aber die Hilferufe gehört, und als er Umklee hielt, woher diese kamen, wurde er von hinten angerufen: „Hände hoch!“

Auf einem Faun sah Ruschin, der auch sofort zwei Schüsse abfeuerte. Es entspann sich ein Feuergefecht. Ruschin wurde durch einen Schuß in den Fuß verletzt. Trotzdem gelang es ihm, zu entkommen. Nach seinen Angaben hat er die Wunde selbst durch Schaagarbe geheilt, ja er ist sogar am nächsten Tage nochmals an der betreffenden Stelle gewesen und hat nach Patronenhüllen und Einschlagstellen gesucht.

Zu Fuß wanderte er dann bis nach Frankenstein, um dann nach etwa zehn Tagen wieder in Breslau aufzutreten. Da hatte er beobachtet, daß allabendlich die Tageskasse einiger Kinos nach dem Hauptbüro im Palais-Theater gebracht wurde. Am 16. Oktober, abends um 19 Uhr, stellte er sich in der Passage auf und wartete, bis der Mann mit dem Gelde kommt. Als dann der Portier Franke in Begleitung zweier Kassierinnen kam, verlangte er die Herausgabe der Aktentasche, in der sich 1300 Mark befanden. Franke trat ihm aber sehr energisch entgegen und als die beiden Kassierinnen laut um Hilfe riefen, sah er keinen Plan mißlungen. Er zog den Revolver, gab noch einen Schuß ab und ergriff dann die Flucht. In diesem Plan, den Portier zu berauben, hatte er den Gürtler Herbert R. und den Kaufmann Georg W. eingeweiht. Diese beiden standen in der Nähe und W. trat auch bei einem Kassierer in den Weg, als sie auf die StraÙe laufen wollten. Bei dem Raub auf der Moritzstraße hatte sich Ruschin den Arbeiter Kochschum mitgenommen, ein geistig zurückgebliebener Mensch, der keinen eigenen Willen hat. Während Ruschin erst am 3. November vorigen Jahres verhaftet werden konnte, waren die drei Mittäter schon am 21. Oktober festgenommen worden. Während Ruschin im großen und ganzen zu seinen Taten stand, versuchte er die Mitangeklagten zu entlasten. Diese bestritten auch, etwas davon gewußt zu haben, daß Ruschin Raubüberfälle verüben wollte. Der Staatsanwalt beantragte gegen Ruschin einschließlich der letzten Strafe von dreieinhalb Jahren Zuchthaus eine Gesamtstrafe von zwölf Jahren Zuchthaus und gegen die drei Mitangeklagten Gefängnisstrafen von zehn Monaten bzw. eineinhalb Jahren.

Nach 12stündiger Verhandlung verurteilte das Gericht Ruschin einschließlich der dreieinhalb Jahre Zuchthaus zu insgesamt neun Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Kochschum erhielt wegen Beihilfe zum schweren Diebstahl einschließlich einer früheren Strafe, zehn Monate Gefängnis. R. und W. wegen Beihilfe zum versuchten Straßenraube je ein Jahr Gefängnis.

Die Untersuchungshaft, in der sie sich seit Oktober vorigen Jahres befinden, wurde ihnen auf die Strafe angerechnet und bei Walter und Kittelmann die Haftbefehle aufgehoben. Dem Ruschin wurde ebenfalls die Untersuchungshaft auf die Strafe angerechnet, so daß er noch etwas mehr wie acht Jahre Zuchthaus zu verbüßen hat.

Angetreten zum Wahlkampf!

Montag, 17. Oktober, 20 Uhr, in der Jahrhunderthalle

Genosse Nöbling M. d. L.

spricht über:

Das Volk steht auf gegen neuen Obrigkeitssinn, gegen Herrenklub-Regierung, gegen verderbbringenden Radikalismus

Von 19 bis 20 Uhr: Konzert

Eintritt 40 Pf., reservierte Plätze 1 Mk. u. 2 Mk. Karten im Vorverkaufsbüro Barasch und an den sonstigen Verkaufsstellen Mitglieder, Rentner u. Erwerbslose gegen Vorweis 25 Pf. Karten in der Volkswacht-Buchhandlung, Büfett des Gewerkschaftshauses, Arbeiterbibliothek und Organisationen Erwerbslosenkarten für 15 Pf. nur bei den Organisationen

SPD-Arbeiter gegen „Volkswacht“

Die neue Sensation der Patentkruzboldschwestern

Unter Artikel über die „Moskauer Regie“ soll nach einer Mitteilung der „Arbeiter-Zeitung“ zu großen Diskussionen Veranlassung gegeben haben. Selbst 25 Jahre lang organisierte Sozialdemokraten sollen an einer Konmu-Propagandaakademie teilgenommen haben. Vor kurzem trug ich noch die Mistgabel, jetzt ist es aber aus.“

Das kauft, wie gesagt, das Breslauer Volkswachtblatt unter der sensationellen Überschrift „SPD-Arbeiter gegen „Volkswacht“ in die Welt hinaus, ohne uns allerdings diesen eigenartigen Sozialdemokraten etwas näher zu bezeichnen, damit man ihn wenigstens ausfindig machen könnte. Wenn schon einer von Mistgabel redet, da ahnt man sogleich woher der Wind pfeift. Aus den Erfahrungen des Kampfes der Eisernen Front wissen wir, daß in der kommunistischen Anhängerschaft der „Ausbruch „Mistgabel“ für unser Dreißigstägigen anerkannterwertweise nicht in Mode gekommen ist. Lediglich die Nazis operierten allerdings vergeblich mit diesem Ausdruck.

Der Mann, der am Neumarkt von der Mistgabel sprach, der hätte auch von den Meldepägern der Arbeiterzeitung als Beirater erkannt werden müssen, wenn sie selbst nicht gewesen wären.

Wie wahrheitsliebend die Arbeiterzeitung ist, wurde schon oft gekennzeichnet und läßt sich an einem Beispiel aus dem gleichen Artikel belegen. Da heißt es in der A.Z.:

„Während sonst die SPD-Propagandaakademie am Neumarkt mit ihrem Schilde: mütterlichen Mitleid, in einer Zeit, wo große dieulicende Minderheiten um die rote Front kämpfen, haben ausgerechnet an dem Tage, als der rechte „Volkswacht“-Artikel an der SPD-Säule steht, eine große Anzahl Arbeiterfrauen, auf die „Volkswacht“ schimpfend, um die Säule, ja daß sie die Säule verabschieden wollten, eingewandert und nach Hause zu gehen. Und so mit jener Säule der Säule lang und Klänge eintraufte und verabschiedet, so wird und muß auch einmal die SPD verabschiedet werden, die realen Arbeiter im Betriebe und an der Stammtische sorgen.“

Was ist an diesem Geiswusel richtig? Unsere Genossen, die mit einer Propagandaakademie am Neumarkt stehen, verlassen in der vorigen Woche an einem Nachmittage ihren Standplatz eher als an anderen Tagen. Sie gehen aber nicht los, um vor einer Anzahl auf die „Volkswacht“ schimpfender Arbeiterfrauen auszuweichen, sondern um an einer Erwerbslosenversammlung teilzunehmen. Im übrigen haben kommunistische Arbeiter unseren Genossen selbst zugegeben, daß es ein Kohl der Arbeiterzeitung ist, wenn sie vermeldet, der Minderheitenandrang an der Säule der roten Klassenfront sei enorm, während die SPD-Säule mütterlichen Mitleid darstelle. Es ist in Wirklichkeit gerade umgekehrt. Der Hauptgrund, daß die A.Z. so mächtig gegen uns loszieht, liegt in der Tatsache zu suchen zu sein, daß wir der KPD, den Neumarkt nicht allein als Propagandaakademie überlassen. Wie die SPD übrigens gerade dabei ist, lang- und klänge zu verabschieden, das haben mehrere taumelnd „Volkswacht“-Lejer am Montagabend persönlich in der Mitgliederversammlung der Eisernen Front erlebt.

Feuer in der Rosenstraße

Gegen 12:30 Uhr erfolgte gestern ein Alarm der Feuerwehr nach Rosenstraße 22. Dort war ein Teil der Schal- und Eisenbedeckte zwischen dem ersten und zweiten Stockwerk des Grundstücks sowie ein Teil des Fußbodens einer Küche durch einen schadhaften Schornstein in Brand geraten. Die brennenden Teile wurden freigelegt und das Feuer sodann abgelöscht.

Breslauer Stimmwitt

Eine amerikanische Tragödie

Filmgemeinde der Volksbühne

Der große Roman von Theodore Dreiser ist eines der literarischen Produkte, die sich nur sehr schwer für eine Verfilmung eignen. Ein Werk mit einer allerdings sehr dramatischen, aber doch immerhin recht knappen Handlung, wenn man berücksichtigt, daß sie auf 800 Buchseiten ausführliche Behandlung erfährt. Das Bedeutende dieses Romans liegt in seiner — mitunter etwas sehr breiten — Milieuschilderung und seinen Charakterisierungen. Es ist ein Stück heutiger Amerikas, das hier gezeigt wird. Der Film kann sich naturgemäß nur auf die Handlung beschränken und diese wirkt gerade hier in dieser Konzentration dramatisch überzogen und vielleicht ein wenig zu finomäßig. Diese verfilmten Kapitelüberschriften geben wohl immerhin noch ein recht wirksames Drama, aber nicht die amerikanische Tragödie. Nimmt man also Abstand den Roman des bekannten amerikanischen Schriftstellers auf diese Weise kennen zu lernen und beschränkt sich darauf, bildet das Schicksal eines jungen Menschen zu erfahren, der seine erste Braut im See ertränkt, um sich ganz unbeschwert seiner neuen reicher Freundin hinzugeben, so findet man in der Inszenierung Josef von Sternbergs ein prächtiges Werk, das auch so nicht ohne Eindruck bleibt. Sternberg liebt die gedrängte Fülle, die Mannigfaltigkeit des Lebens widerspiegelt. So hat er auch hier Bilder und Szenen von großer Spannung und Lebendigkeit geschaffen. Die Darstellung berührt sehr angenehm, als — eine Seltenheit in einem amerikanischen Film — abseits jeder Starallüren — hier wirklich Menschen individuell gestaltet werden. Man geht mit ihnen mit, man glaubt ihnen ihr Schicksal. Die Stärke dieses Films zeigt sich am besten in der großangelegten Gerichtszeigene, deren Klavierspieler, obwohl in englischer Sprache gesprochen, von großer einprägsamer Wucht sind und gleichzeitig eine wertvolle Charakterisierung der amerikanischen Gerichtsverfassung darstellen. Der Film zeigt weit über den Durchschnitt hinaus. Er gibt auch dem, der das bekannte Werk Dreisers nicht kennt, einen erschütternden Eindruck eines Menschenjohls. Der Regisseur aber wird hier eine wirkungsvolle Illustration zu dem sehr breit angelegten Standardwerk der amerikanischen Literatur finden.

—ig.

Parteigenossen, Reichsbannerkameraden, Gewerkschafter, Sportler, Junge Front!

Miles hält sich Freitag, den 14. Oktober, frei zur Flugblattverbreitung um 18 Uhr. Lokale siehe Donnerstag-Zeitung.

11. Proletarische Morgenfeier der SPD-Abteilung Altkolater

Sonntag, den 16. Oktober, mittags 1 Uhr im Zentral-Theater, Westendstraße
Volk in Not — Jugend in Ketten
Rezitation: Schauspieler Alfred Salzmann.
Aufsage: Gad M. Lippmann.
Chauson: Marietta Lenz.
Sprechbewegungschor der Jungen Front
Konflikt von der russischen Jugend: „Der Weg ins Leben“.
Musik: Zentral-Theater-Orchester.
Kampflieder: Deutscher Arbeiter-Mandolinistenbund (45 Mitwirkende).
Karten zum Einheitspreis von 0,20 Mark. Bei den Abt. Funktionären, im Parteisekretariat und an der Kasse.
Arbeiter-Bildungs-Ausschuß.

Leblichsanfall

Zu dieser Meldung in der Freitagnummer ist nachzutragen, daß es sich bei dem Kranken nicht um einen 22-jährigen Hausbesitzer, sondern um einen Wiener handelte.

Öffentliche Kundgebung der Volkshochschule

Sonabend, 15. Oktober, abends 8 Uhr, spricht in der Aula des Matthiasgymnasiums, Schulstraße 37, der Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Volkshochschulen, Volkshochschuldirektor Dr. Alfred Mann, über: „Neutral“ oder deutsch? Die Volkshochschulen im Anmarsch. Der Inhalt dieser Kundgebung ist jenseitig auf einer vom Reichsverband der deutschen Volkshochschulen auf Burg Lauenstein abgehaltenen Konferenz festgelegt worden. Der Eintritt ist frei.

Künstlerbund Schlesien

Im Foyer des Stadttheaters zeigt unser Mitglied, Otto Kallina, Aquarelle aus seiner letzten Schaffensperiode. Alle Besucher des Theaters seien auf diese Ausstellung hingewiesen.

Fertiggestellte Neubauwohnungen

Am 1. Oktober d. J. wurden 129 Neubauwohnungen, die mit Hausansichtsteuerdarlehen beauftragt sind, fertig gestellt und bezogen. Begonnen wurden 48 Wohnungen mit Reichsdarlehen in Breslau-Nordost; insgesamt betragen sich 888 Wohnungen im Bau. — Durch Teilung von 170 großen Wohnungen konnten bisher mit öffentlichen Mitteln 378 kleine Wohnungen geschaffen werden.

Freitag: Werbeabend in allen Männerabteilungen der F.F.D.

Wassersport

Freie Schwimmer Breslau e. B., Abteilung Nord, Freitag, 20 Uhr, in der Turnhalle des Magdalenengymnasiums; Beginn des Hallenporters für Erwachsene und Jugendliche. Schüler ebenfalls Freitag von 18 bis 20 Uhr in der Turnhalle Fürstenstraße. 1. Männer-Handballmannschaft Sonntag, 13:30 Uhr, am Striegauer Weg.

Athletik

Thüringische Ringer in Schlesien geschlagen! Eine Auswahlmannschaft des thüringischen Arbeiter-Kraftsportverbandes trug am Sonnabend und Sonntag, im Bezirk Bergland des schlesischen Athletenvereins, einige Mannschafskämpfe im Ringen aus, welche zeigten, daß die Kampfkraft der Schlesier ihnen gleichwertig ist. Die technisch hochstehenden Kämpfe brachten folgende Resultate: Einigkeit-Rangbielau liegt in der Vorrunde 10:4 Punkte, die Rückrunde sah die Thesen mit 9:6 erfolgreich. In Tannhausen unterlagen die Gäste in beiden Runden mit 8:6 Punkten. Ihren Abschlußkampf gegen Einigkeit, Schlegel, gewannen die thüringische Auswahlmannschaft überlegen mit 19:9 Punkten.

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer Breslau

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer Breslau, Abt. Gröbchen, 15. Oktober: Humoristische Ausfahrt nach Opperau. Lokal Newitzki. Start 20 Uhr Hochstraße, Vereinslokal.
Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer Groß-Nochtern, 15. Oktober, abends 20 Uhr, bei Gahl, Groß-Nochtern: Generalversammlung.

Rundfunk von heute

Tägliche Funkvorschau für Arbeiterhöre

Im Programm des Gleiwitzer Zwischen senders am Mittwoch fällt uns um 18:15 Uhr ein Vortrag „Kunst der Menschenbehandlung“ von Frau W. J. J. g., Direktorin der Oberschlesischen Fachschule für soziale Berufe, auf.

dieser Frage teilte Professor Mitscherlich einige Seitenhiebe gegen die heutigen Geschichtspolitiker in Deutschland aus, die ganz ähnlich zu verfahren beliebten. Sicherlich war damit Hitler gemeint, ohne daß sein Name fiel; aber schließlich erwies der Vortragende dem Nationalsozialismus „keine Reverenz, indem er feststellte, daß er die Nationalsozialisten in die arbeitenden Schichten gegen Marxismus und internationale Verbrüderung“ setzten hätte (1). Eine in einem „wissenschaftlichen“ Vortrag höchst unpassende Bemerkung.

Zum Schluß mahnte der Redner das heutige Polen, Kluge und einseitige Politik zu treiben und die unhaltbare Korridorpolitik aufzugeben. — Merkwürdig war, daß Professor Mitscherlich weder auf die Nationalsozialisten der Vorkriegszeit einzog, noch auf die von deutscher Seite während des Weltkrieges propagierten Konstitutionsvorwürfe eines selbständigen polnischen Königreiches. Resultat war kein Referat eine einzige Mahnung, Deutschland möge eine „Volksgemeinschaft“ bilden, damit es nicht ähnlich wie das alte Polen unterginge.

War dieser erste Teil mit Redensarten befüllte Vortrag schon recht merkwürdiger Art, sollte es der zweite von Professor Hells gehaltenen noch merkwürdiger sein. Keine eigene Meinung wollte er mitteilen, sondern nur Tatsachen sprechen lassen. Diese Form der wissenschaftlichen Objektivität sah dann so aus, daß der Vortragende in keinem Moment in ironischer Weise alle polenrechtlichen Abhandlungen, die sich mit der Korridorfrage befaßten, heftig kritisierte, und ihnen den wissenschaftlichen Charakter absah, obwohl sie 2, 3 und von Universitätslehrern verfaßt worden waren. Es war das parteiisichte und unwissenschaftliche, was man sich denken kann.

Zur Verteidigung des deutschen Anpruches auf den Korridor sah Professor Hells an Hand von Beispielen ökonomischer Art diesen Problem-Komplex neu bewerten: Verkümmelung des deutschen Wirtschaftskreislaufes, zersetzende Grenzschlebung, das Gefühl

Sozialdemokratische Partei

Partei-Centralrat
Telefon Nummern 590 60 — 590 61
Wohlfahrts-Verband von 1-1 und 1-1
Frauenleiterinnen! Frauenvortrupp!
Freitag 20 Uhr Gewerkschaftshaus, Zimmer 12/14, wichtige Versammlung.

Gewerkschaften im Gröbchen-Kreis

Heute 17 Uhr im Gewerkschaftshaus Gröbchen-Str. 181 Zusammenkunft. Redner: Genosse P. P. K. a. b. l.
Gewerkschaften im Gröbchen-Kreis. Die Gewerkschaften bei Kamer, Beitzheim, 18. 10. täglich für alle Gewerkschaften der Abteilung Gröbchen.
Abteilung Gröbchen-Kreis. Donnerstag 20 Uhr im „Ragerhof“, Gröbchen-Str. 181 Zusammenkunft. Redner: Genosse W. a. c. r.
Abteilung Altkolater. Freitag 20 Uhr bei Hante, Korystraße 15. Sitzung der Abteilungsführung, der Pflichtführer und Frauenleiterinnen. Abrechnung, formulare mitbringen. — Sonntag, den 16. Oktober, 13 Uhr. Morgenfeier im „Zentraltheater“, Westendstraße. Teilnahme aller Mitglieder erforderlich. Karten zu 20 Pf. bei den Bezirksführern erhältlich.
Dittelt 8. Mittwoch 20 Uhr bei Grundmann, Kronfelder Straße 72, Ditteltversammlung. Redner: Genosse S. K. o. l.
Dittelt 15. Freitag 20 Uhr bei Heinrich, Andersenstraße 30, Ditteltversammlung.
Dittelt 18. Sonnabend 20 Uhr spricht Genosse S. t. e. f. f. e. n. im „Krautbier“, Weigenburger Straße 17. Anschließend gemütliches Beisammensein.
Dittelt 46. Donnerstag 20 Uhr bei Kessler, Hudenstraße 66, Babelsberg.
Dittelt 55. Mittwoch 20 Uhr bei Kramer, Hartlieb, Ditteltversammlung. Redner: Genosse G. a. d. M. L. i. p. p. m. a. n. n.

Arbeitsgemeinschaft junger Sozialdemokraten

Heute 20 Uhr spricht in unserer Gruppe im Zimmer 6 des Gewerkschaftshauses Genosse H. a. m. b. u. r. g. e. r. über das Thema: „Gesellschaftliche Schichtung und politische Entwicklung in Deutschland.“ Mitglieder befreundeter Organisationen und Gäste sind herzlich eingeladen.

Sozialistische Arbeiterjugend

Sprechbewegungschor. Wir proben morgen 20 Uhr im Gewerkschaftshaus. Da die Probe bis 23 Uhr dauern wird, bitten wir, unsere Eltern Bescheid zu sagen.
Heim 1 (Innere Stadt). Heute 20 Uhr Sprechchorprobe Ring, Ede Mittelstraße. Morgen an gleichen Ort Musikgruppe.
Heim 2. Mittwoch proben wir 19:30 Uhr im Bergwerk. Donnerstag 19:30 Uhr Funktionärbesprechung.
Obsteute. Donnerstag abend erste Abrechnung der Werberesultate.

Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Schüler

Heim Karolinenstraße 17 (Seitenhaus). Heute sind folgende Gruppenabende: um 17 Uhr jüngere Gruppe Filmabend; um 19 Uhr ältere Gruppe Fortsetzung der Arbeitsgemeinschaft mit Genossen P. e. l. l. g.

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterkinderfreunde Breslau

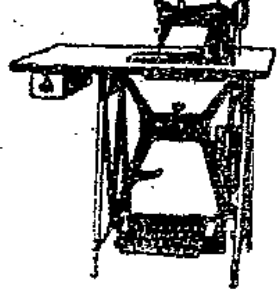
Kassenparlament. Sonnabend von 16 bis 18 Uhr tagt das Parlament im Gewerkschaftshaus, Zimmer 143.
Abteilung 1 (Dahlemer Tor). Eltern! Wir machen nochmals auf unsere Elternschaft aufmerksam. Sagt es allen Freunden und Bekannten. Sonnabend, den 15. Oktober, alles zu Hause in Tschandja. Halbes nehmen; wenn es geht, nicht daran sein. Restfallen heute 16 Uhr im Heim Eingen und Tannen. Wiederbäder und mitzubringen. Rot- und Jungfrauen bei Donnerstag 17 Uhr im Heim. Abteilung 4 (Mittelstadt). Donnerstag Restfallen im Heim Bafeln. Jung- und Restfallen von 17 bis 18 Uhr im Heim. Sonnabend alle fallen Turnen in der Arbeiterkinderfreunde. Sonntags mitbringen. Sonntag Rot- und Jungfrauen bei Heim. Treffpunkt 7 Uhr im Heim.
Abteilung 5 (Gröbchen). Jungfrauen heute heimabend im Heim Eichenhufenstraße 62 (Lüftung) Nachmittag von 17 bis 19 Uhr. Freitag Restfallen Bafeln von 17 bis 19 Uhr. Sonntag alle Jung- und Restfallen Tagesfahrt. 20 Pf. Straßenbahn mitbringen. Treffpunkt 7:30 Uhr Oker-Tank. Wir sind um 18:30 Uhr wieder zurück. Fortsetzung für den ganzen Tag mitzubringen.
Abteilung 12 (Sundfeld-Graben). Jung- und Restfallen! Wir gehen Sonntag auf Tagesfahrt in die Kammerhauer Grabgrube. Treffpunkt 8:30 Uhr an der Grenze Sundfeld-Graben. Wir schicken uns an die Eisenbahn 3, 4 und 5 an.
Freiwillige Jugend

Zentral. Wir gehen heute zu einem Gruppenabend im Heim Friedrich-Mittelstraße 49, bei dem Genosse K. a. m. e. r. e. r. Freitag eine Arbeitsgemeinschaft durchführt mit dem Thema: „Kampftagen im Kampf gegen Lenin.“ Beginn pünktlich 20 Uhr. Gäste willkommen.

Lindcar ist Klasse!

Lindcar-Nähmaschinen

ab RM 141. —
Fabriklager: Feldstraße Nr. 24



Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Das erste. Montag 20 Uhr findet in der Jägerhofturnhalle die erste große Wahlversammlung der Eisernen Front statt. Redner ist unser Kamerad, Professor Dr. K. o. l. i. n. g. Kameraden! Sagt doch, daß gleich die erste Kundgebung überführt ist. Karten für Mitglieder 20 Pf., für Gäste 40 Pf., restlos Restfälle 1. — und 2. — 10 Pf. im Büro, Gartenstraße 23, zu haben.
Funktionäre des Reichsbanners (auch der eingemeindeten Kameraden). Morgen 20 Uhr im „Zentral“, Westendstraße 15, wichtige Funktionärssitzung. Alle Funktionäre haben zu erscheinen.
Jungfrauen. Freitag 20 Uhr im „Ragerhof“, Gröbchen-Str. 181/183, Vorbereitung des ersten Tages der Jungfrauen. Die Jungbannere Kameraden sowie interessierte Kameraden mit Angehörigen sind herzlich eingeladen.
Abteilung Ostsch. Sonnabend 20 Uhr in der „Schwedenschanze“ Abteilungsverammlung. Referent: Kamerad Dr. C. a. b. o. w. i. l. Mitglieder und Angehörige der Eisernen Front sind eingeladen.
Kamerad 1 (Kalen). Sonnabend 20 Uhr bei Kleener, Kreuzstraße 44, Pflichtversammlung aller Kameraden. Referent ist anwesend.
Kamerad 2 (Gröbchen). Freitag 20 Uhr bei Torkhalla, Gellhornstraße 21, Pflichtversammlung. Referent ist anwesend.
Kamerad 3 (Hermberg). Sonnabend 20 Uhr bei Sydow, Neuborstraße 92, Pflichtversammlung. Referent: Kamerad K. e. g. a. u. d. e. r.
Kamerad 11 (Kreutz). Freitag 20 Uhr im „Bergeller“ Pflichtversammlung mit besonderem Referat. Funktionäre erscheinen bereits um 18 Uhr.
Kamerad 12 (Freitagshaus). Freitag 20 Uhr im „Kuhbaum“, Schindlerstraße 20, Pflichtversammlung. Referent: Kamerad Herbert L. o. b. e.
Jungbannere G. d. (Kalen). Heute 20 Uhr heimabend in der Jägerhofturnhalle. Treffpunkt 7:30 Uhr heimabend bei Karolisch. Lichtbilder Vortrag.
Kamerad Deutsch-Ostsch. Sonnabend bei Jirker Anstehen der Schulz. Mitglieder sind mitzubringen.

Und das nennt sich Wissenschaft

Politische Reden in der „Vaterländischen Gesellschaft“

Nachdem sich das Breslauer Ost-Europa-Institut im vorigen Jahre mit Sowjetrußland befaßt hatte, betrachtet es in diesem Jahre als seine Aufgabe, sich wissenschaftlich mit dem politischen Nachbarkontinent auseinanderzusetzen. Als Kapital zu diesem an sich lobenswerten Bestreben fanden in der „Schlesischen Gesellschaft für vaterländische Kultur“ zwei Vorträge über Niedergang und Wiederaufstieg Polens und die Korridorfrage im Urteil des Auslandes statt, die von den Universitätsprofessoren Dr. M. Mitscherlich-Göttingen und Dr. A. Hejze-Breslau gehalten wurden.

Professor Mitscherlich vertrat, dem polnischen Problem von der soziologischen Seite her beizukommen und dieses ausdrücklich, nicht als Historiker zu sprechen. Er wies darauf hin, daß man Polen trotz Niedergang des alten polnischen Reiches nicht die staatsbildende Fähigkeit absprechen darf, wie es wiederholt getan worden ist. Ein Staat, der 100 Jahre lang den Beweis für seine Lebensfähigkeit gegeben hat, darf verlangen, respektiert zu werden.

Die Aufstiegsmomente Polens sah Professor Mitscherlich im „Nationalismus“ als politische Idee und Kraft gegen Ende des 18. Jahrhunderts. Von besonderem Interesse war das Eingeständnis des Vortragenden, daß es früher sowohl in Deutschland wie in Polen einen Nationalismus nicht gegeben habe, selbst Friedrich dem Großen sei eine „Nationalidee“ eines aus dem Ausland gekommenen Fremden gewesen, obwohl viele Kreise das heute nicht mehr haben wollen. Die Führung im polnischen Nationalismus bekam neben dem Werk der nun nachgelassenen Vorgänger die Geschicklichkeit, die die „nationale Idee“ in die breiten Massen des Volkes mit plumpen Mitteln verpflanzen. Bei der

der Vereinfachung in Ostpreußen und der seltsame Druck, der auf der ostpreußischen Bevölkerung durch ständige militärische Bedrohung lastet. Auch die verkehrspolitische Seite des Problems der polnischen Süd-Nord-Verbindung Kattowitz-Ödungen mit billigeren Frachttarifen und der deutschen Süd-Nord-Verbindung Leuthen-Stettin mit teureren Tarifen streifte er. Durch den Handelskrieg sei Schlesien ein „Raum ohne Volk“ geworden. (Daß an dieser wirtschaftlichen Lage die Politik des Reiches und der deutschen Reichsbahn weitgehend Schuld trägt, erwähnte er nicht.) Wie die Korridorfrage in Zukunft zu regeln wäre, ob auf friedlichem oder kriegerischem Wege, verriet er nicht. Das für Deutschland sehr unangenehme Problem der Bevölkerungszunahme in Korridor vor dem Kriege behandelte der Redner überhaupt nicht. Die Folge war, daß, als er mit ironischer Betontheit die Meinung des bekannten französischen Publizisten G. a. l. t. o. r. K. a. p. h. a. e. l., es müsse bei beiden Völkern eine Revision der Gebiete und eine moralische Entwaffnung der Völker Platz greifen, mittellose, das Auditorium in helles Lachen ausbrach.

Man kann nicht sagen, daß dieser erste Vortragsabend des Ost-Europa-Instituts der Verständigung zwischen Deutschland und Polen sowohl in politischer wie in ökonomischer Beziehung gedient hat. Die dem Ziel kann man nicht vom nationalen Ressentiment-Gebäudepunkt herkommen. Daß die deutsche und polnische Arbeiterklasse bemüht ist, auf dem friedlichen Wege der internationalen Verständigung für eine befriedigende Lösung der Frage der Grenzen zu kämpfen, davon hörte man den ganzen Abend lang nichts. In einer internationalen Verständigung dieser Art dürften die beiden Vorkorridorenden jedenfalls nach ihrer Auffassung nicht bereit sein. Vor allem aber muß aufs schärfste dagegen protestiert werden, daß in einer wissenschaftlichen Gesellschaft unter der Maske der Wissenschaft einseitige Parteipolitik getrieben wird.

G. M. L.

Aus Schlesien

Der Naturschutz im Riesen- und Berggebirge

Hauptversammlung der Bergwacht

Die Bergwacht für das Riesen- und Berggebirge hielt in Silesberg ihre Hauptversammlung ab. Sie wurde vor fünf Jahren auf Anregung des damaligen Regierungspräsidenten L. Poeschel in Liegnitz gegründet und hat die Aufgabe, das Riesens- und Berggebirge vor Verschandelung zu schützen. Dazu gehört vor allem, dem Raube der Gebirgspflanzen entgegenzutreten und die Wanderskiften, das Werfen von Steinen die Abhänge herab, die Verschmutzung der Rasenplätze durch Wegwerfen von Papier usw. zu bekämpfen. Während des Sommers werden jeden Sonntag von den Mitgliedern der Bergwacht durch das Gebirge unternommen, um die Hebeltüter abzurufen. Ferner werden die Bahnhöfe und Hauptzugangsstraßen kontrolliert, um festzustellen, ob Touristen, wie das immer sehr viel der Fall war, mit ganzen Bündeln von seltenen Gebirgspflanzen und Riechholz ankommen. Wie in der Hauptversammlung festgestellt wurde, ist die fünfjährige Tätigkeit der Bergwacht sehr erfolgreich gewesen. Der Englan hat in diesem Jahre im Riesengebirge geklärt, wie in keinem vorhergehenden Jahre und manche Pflanzen, wie das Bergahorn, das vor der völligen Ausrottung stand, hat erfolgreich wiederhergestellt. Auch die Wanderer sind fester geworden, wenn auch leider noch nicht völlig verschwinden. Studentat Kruberg, der staatliche Kommissar für den Naturschutz im Riesengebirge, hielt einleitend einen Vortrag über: „Die Aufgaben des Naturschutzes“. Dann wurde beschlossen, die Bergwacht auf eine andere Grundlage zu stellen, damit sie ihren Aufgaben noch mehr als bisher gerecht werden kann. Die Bergwacht besteht neben den Vereinen und Organisationen, die ihr als übernehmende Mitglieder angehören, aus Einzelmitgliedern, bestehend in der eigentlichen Tätigkeit des Schutzes der heimatischen Berge. Diese Einzelmitglieder sollen in besonderen Kursen ausgebildet werden. Ausdrücklich ausgeschlossen ist jede politische Betätigung der Bergwacht, der auch jetzt schon Wanderer und Jugendvereine aller politischen Richtungen angehören. In den Verhandlungen wurde besonders betont, wie wichtig es sei, die Schulen und Jugendgruppen für die Ziele der Bergwacht zu interessieren. Die Wälder, das ganze Riesens- und Berggebirge als Naturschutzgebiet zu erklären, wurde mit Freuden begrüßt, da dies für die Tätigkeit der Bergwacht eine bessere gesetzliche Grundlage geschaffen würde.

Verkehrslage der Reichsbahn im Direktionsbezirk Breslau im September

Im September 1932 war, wie die Pressestelle der Reichsbahndirektion Breslau mitteilt, die Verkehrslage im Bezirk der Direktion gegenüber dem Vormonat im allgemeinen etwas besser. Die Zunahme ist auf das Einsetzen des Herbstverkehrs und auf die wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen der Reichsregierung zurückzuführen. Personen- und Gepäckverkehr waren im allgemeinen etwas besser als im Vormonat, dagegen hat der Expressgutverkehr durch Besatz von Herbst- und Winterkonfektion etwas abgenommen. Der Gütergutverkehr blieb etwa auf der Höhe des Vormonats, der Frachttgutverkehr stieg infolge Einsetzens des Herbstverkehrs. Bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen ist der Kraftwagenverkehr im Juni etwas stärker als im Vormonat; die Hauptgründe dafür. Die Verkehrslage betrifft namentlich Kohle, Düngemittel, Getreide, Kartoffeln, Holz und Wegetabletten. Der Umschlagverkehr in Maltitz Hafen, Breslau Stadthafen und Breslau-Böpelwitz ist gegenüber dem Vormonat etwas gestiegen.

Einwillige Verlegung gegen einen NSDAP-Kreisleiter

Wegen er zum Boykott-bürgerlich-nationaler Zeitungen aufgefordert hat

Ebenso wie in anderen Teilen des Reiches hat die NSDAP in der letzten Zeit vielfach auch bei uns in Schlesien zum Boykott der bürgerlich-nationalen Presse aufgefordert. Ein derartiger Fall ereignete sich erst kürzlich in Reichenbach (Eulengebirge), wo der örtliche NSDAP-Kreisleiter in öffentlichen Kundgebungen die Behauptung aufstellte, das „Reichenbacher Tageblatt“ und der „Schlesische Volksbote“ hätten wahrheitswidrige Berichte veröffentlicht; im Anschluss hieran hatte er zum Boykott dieser Zeitungen aufgefordert und als für die Belange der NSDAP in Betracht kommenden Organ nur noch den nationalsozialistischen „Landsmann“ empfahlen. Die Verlage des „Reichenbacher Tageblattes“ und des „Schlesischen Volksboten“ stellten darauf beim zuständigen Amtsgericht Anträge auf Erlass einer einseitigen Verlegung. Am Sonnabend fand die mündliche Verhandlung in dieser Angelegenheit statt. Nach einer längeren Beweisaufnahme, die die völlige Unhaltbarkeit der von dem nationalsozialistischen Kreisleiter aufgestellten Behauptungen ergab, erließ das Gericht in beiden Fällen eine einseitige Verlegung. Hiernach wird dem Kreisleiter der NSDAP unter Androhung einer Geldstrafe von 100 Reichsmark bzw. drei Tagen Haft für jeden Fall der Zuwiderhandlung untersagt, die Behauptung zu verbreiten, das „Reichenbacher Tageblatt“ bzw. der „Schlesische Volksbote“ habe einen lügenhaften Bericht veröffentlicht. Ferner wurde ihm untersagt, zum Boykott der Zeitungen aufzufordern oder Aufforderungen ähnlichen Inhalts und Charakters zu tätigen. Die nicht unerheblichen Kosten wurden dem Antragsteller auferlegt. In der Begründung brachte das Gericht zum Ausdruck, dass die Handlungsweise des nationalsozialistischen Kreisleiters gegen die Paragraphen 823 und 826 BGB. verstößt, also die Schadenerschaftspflicht nach sich zieht.

Straßenkreuzung Dels-Sibyllenort

Die von der Verkehrswacht Schlesien wiederholt den Behörden als gefährlich gemeldete Straßenkreuzung Dels-Sibyllenort schafft leider immer noch fast täglich große Gefahrenmomente. Besonders das dort an der Ecke stehende unbewohnte Haus macht diese Kreuzung unnötig unübersichtlich und verleiht häufige Zusammenstöße zwischen den aus Richtung Breslau und aus Richtung Sibyllenort kommenden Fahrzeugen. Auch für die Fußgänger ist diese Kreuzung nicht ungefährlich, da sie unübersichtlich ist und die vielen vom Bahnhof kommenden Passanten sich auf dieser Straßenkreuzung kaum zurecht finden können. Die Passanten tappen dort hilflos im Dunkeln, werden von jedem die Hauptstraße Breslau-Dels fahrenden Kraftfahrzeug geblendet, selbst wenn dieses mit abgedunkelten Lichtern fährt und geraten häufig vom Wege ab in den Straßenraben. Es wäre zu wünschen, dass durch Beseitigung des Pollenwäres die gefährliche Straßenkreuzung übersichtlich und durch ständige Beleuchtung auch für die Fußgänger mit Sicherheit passierbar gemacht wird.

Sum Raubmord bei Gränberg

In der Nacht zum 9. Oktober, gegen 22 Uhr, wurde, wie berichtet, der Kraftfahrzeugführer Paul Sarnowki aus Neusalz an der Autokar Nr. 4 aus Neusalz, Erkennungszeichen I K 208 58, erschossen. Als Fahrgäste und vermutlich Täter sollen zwei Männer in Frage kommen, die wie folgt beschrieben werden: 27 bis 30 Jahre alt, etwa 1,75 bis 1,80 Meter groß, kräftiger Körperbau, fisches Auftreten, links gezeichnetes glänzendes schwarzes Haar, bis zum Genick glatt anliegend. Bekleidung:

ziemlich weite lange Hose, brauner Mantel mit breitem Kragen, der an beiden Enden je zwei und in der Mitte drei untereinander liegende Knöpfe hat, h) 29 bis 33 Jahre alt, etwa 1,07 Meter groß. Dieser Täter zieht beim Gehen die Schultern hoch. Er war bekleidet mit braunen Kinderbockern, am Knöchel weit ausgekitteten Halbschuhen, grünem Ledermantel und modischerer Schiebermütze. Der zuerst Beschriebene macht einen eleganten, der andere einen schäbigen Eindruck und hielt sich mehr zurück. Die beiden Täter dürften im am 8. Oktober, gegen 21 Uhr, auf dem Bahnhof in Neusalz a. O. gesehen worden. Auf die ausgeübte Belohnung in Höhe von 1000 Mark wird hierbei besonders hingewiesen.

Sprechtag

bei der Landwirtschaftskammer Niederschlesien

Anregungen aus landwirtschaftlichen Kreisen zufolge hat die Landwirtschaftskammer den Montag, den 2. Oktober als allgemeinen Sprechtag bei der Landwirtschaftskammer eingerichtet. Die Sachbearbeiter der Landwirtschaftskammer sind angewiesen, sich an diesem Tage möglichst in ihrer Dienststelle aufzuhalten. Interessenten werden gebeten, für persönliche Rücksprachen bei der Landwirtschaftskammer Niederschlesien in Breslau, Matthiasplatz 5, nach Möglichkeit diesen Tag und die bekanntgegebenen Dienststunden zu wählen.

Nazi-Weutereien auch in Oberschlesien

In Oberschlesien gärt es ebenfalls in der Nazi-partei. Insbesondere innerhalb der SA- und SS-Verbände verschärfen sich die Gegensätze zueinander. Die Mannschaften wehren sich gegen die menschenunwürdige Behandlung seitens ihrer Führer. Die „SA-Offiziere“ versuchen sich mehr und mehr von den Parteiführern zu distanzieren. Solange letztere der Hoffnung waren, dass auch ihnen einmal eine feste Parteibuchbeamtenprüfung mittle, ließen sie sich von ihren Herren alles gefallen. Seitdem aber der Naziführer sinkt, droht allgemeine Rebellion. In den Auseinandersetzungen zwischen den Führern und den Kommandierten spielt die Magenfrage eine große Rolle. So hört man immer wieder, dass beispielsweise die Gleiwitzer SA-Führer ein stotteres Leben führen. Die Folge ist, dass die Unzufriedenheit bei den SA-Leuten gelegentlich zu schweren Krach führt, die nur noch durch Androhung härtester Maßnahmen unterdrückt werden können. In der Gleiwitzer SA hat auch der offenkundige Mißbrauch, der mit den für die SA-Küchen gesammelten Lebensmitteln getrieben wird, stärkste Erregung hervorgerufen. Die meist erwerbslosen SA-Leute, die von den Ertragslosen der öffentlichen Sammlungen gespeist werden, glauben festgesetzt zu haben, dass die besseren Würst- und Fleischwaren in den Privatwohnungen der Führer verschwinden, während sie selbst seit dem politischen Niedergang der Partei mit schlechtem Essen abgefunden werden. Einzelne Spender für die SA haben bei Bekanntwerden dieser Beschwerden ihre Lieferungen eingestellt. In verschiedenen ober-schlesischen Formationen geht das Wort um: „Gleiche Löhne, gleiches Essen, wär' die Legatität schon längst vergessen!“

Mißhandlungen sind bei der SA, an der Tagesordnung. Es soll schon mehrfach vorgekommen sein, dass die Offiziere ihre Untergebenen anspuden. Ein besonders trauriger Fall von Mißhandlung ereignete sich im August bei der zweiten Schar des Gleiwitzer Sturmabteiles. Dem Scharführer Th. wurde der Befehl erteilt, mit seiner Gruppe eine ungeschickliche Handlung auszuführen. Th. muß sich im Hinblick auf die inzwischen erlangene Nothordnung geweigert haben. Als er am Tage danach mit seiner Schar angetreten war, kam der Truppführer Bartel und wiederholte die Befehle. Th. erwiderte, er habe keine Lust ins Zuchthaus zu wandern. Darauf forderte Bartel sieben Scharmitglieder auf, den Th. festzunehmen. Diese fachten ihn; Bartel schlug ihn zunächst mit den Fäusten, nachher mit dem Gummistock ins Gesicht. Als Th. mit Bekanntgabe dieses Mißfalls drohte, wurde ihm erklärt, man würde ihn dann um die Ecke bringen.

Die Führung der SA versucht angesichts des Umsichgreifens der Rebellion die Unwilligen mit der Drohung der Einsetzung von Kollkommandos unter allen Umständen bei der Stange zu halten. Die Furcht vor der Geme ist infolge dessen unter den SA-Leuten außerordentlich groß.

Wie groß ist Oberschlesien?

Eine neuere Berechnung des Flächeninhalts der Provinz Oberschlesien hat ergeben, daß die bisherigen Berechnungen um 696 ha zu niedrig waren. Oberschlesien hat eine Fläche von 971 376 ha gegenüber 1 923 246,66 ha vor den beiden Teilungen. Die Differenz erklärt sich aber zum Teil auch aus dem im Laufe des Jahres vorgenommenen Grenzberichtigungen. Der Flächeninhalt nach ist die Provinz Oberschlesien die zweitkleinste Provinz vor der Grenzmark Posen-Westpreußen.

Von der Gesamtfläche werden 646 447 ha landwirtschaftlich genutzt, während 266 951 ha auf Forsten und Holzungen entfallen und nur 8773 ha auf unkultivierte Moorflächen und die Flächen des sonstigen Odes- und Umlandes entfallen. Zum Vergleich sei angeführt, daß das eigentliche Montanrevier vor der Teilung 3850 Quadratkilometer umfaßte. Als eigentliches Ackerland sind 550 733 ha verwandt.

Strehlen. Todessturz eines neunjährigen Knaben. In Priedorn stürzte der neunjährige Sohn Erwin des Steinarbeiters Stephan von einem zweispännigen Kutschenwagen herunter, den er selbst gelenkt hatte, während die Eltern neben dem Gespann hergingen. Trotz sofortiger ärztlicher Hilfe starb der Knabe kurz nach dem Unglück infolge innerer Verblutung.

Strehlen. Zwei Kinder als Brandstifter. Der Scheunenbrand auf dem Dominium Beterwitz hat seine rektlose Aufklärung gefunden. Der Brand wurde durch zwei sieben- und fünf-jährige alte Knaben verursacht, die vor der Scheune Stroh angezündet hatten. Das Feuer griff dann auf die Scheune über und vernichtete diese vollkommen, wobei über 3000 Zentner Stroh verbrannten.

Waldenburg. Gemeindevertreterwahl in Steingrund. Bei der am 9. Oktober stattgefundenen Wahl der Gemeindevertreter wurden folgende Stimmen abgegeben: Bürgerliche Liste 293 (letzte Reichstagswahl 315), Sozialdemokraten 132 (142), ungültig 13. Von 483 Wahlberechtigten wählten 498.

Du willst Kämpfer sein!

Dann erinnere deinen Nachbar an folgendes:

1. Werde Sozialdemokrat.
2. Lese die Volkswacht.
3. Gib ein Scherflein zum Wahlkampf.
4. Trag das Freiheitsabzeichen.
5. Werde für Liste 2, die Sozialdemokratie.
6. Gräbe auf der Straße mit Freiheit.
7. Eranere an den Verrat der Nazis.
8. Sage, daß die Brechung der Finanznechtshaft Phrasen war.
9. Sage, daß die Harzburger Front pleite ist.
10. Sage, daß die Sozialdemokratie den Fortschritt und die Freiheit bringt.

Waldenburg. Todesopfer bei einem Motorradunfall. Auf der Hauptstraße in Bad Charlottenbrunn wollte ein Motorradfahrer aus Waldenburg mit Soziusfahrerin ein Perlenauto überholen, und muß dabei übersehen haben, daß das Auto in eine Seitenstraße einbiegen wollte. Das Motorrad wurde von dem Kraftwagen so unglücklich erfasst, daß die Soziusfahrerin gegen einen Gartenzaun geschleudert wurde und einen doppelten Schädelbruch erlitt, dem sie auf dem Transport zum Krankenhaus erlag. Der Fahrer kam mit leichten Verletzungen davon.

Liegnitz. Selbstmord einer New Yorkerin bei Liegnitz. Auf der Eisenbahnstrecke Liegnitz-Ansbach war Mitte September, wie gemeldet, eine Frau überfahren ausgefunden worden, die ein Kind bei sich hatte, das bald nach der Auffindung verstarb. Wie die polizeilichen Nachforschungen ergeben haben, handelt es sich bei der Toten um die Frau eines in New York wohnenden Kaufmanns, die ihre Mutter in Berlin und ihr Schwester in Dresden besucht und in der Zwischenzeit ein Kind geboren hatte. Dann soll die Frau schwermütig geworden sein und in diesem Zustand den Selbstmord begangen haben.

Silberberg. Schwere Autounfälle auf der Silberberger Hauptstraße geriet an der sogenannten Teufelsturve ein alter Opelwagen in rasende Abwärtsfahrt, da die Bremsen versagten. Der mit vier Personen besetzte Wagen sank von der steilen Bergstraße in den Chauveegraben und wurde völlig zerkümmert. Der Autolenker Becher und der Zimmermann Mainka aus Schönwalde mußten mit eingebrachten Brustfäden ins Krankenhaus geschickt werden. Beide sind lebensgefährlich verletzt. Die beiden anderen Insassen wurden durch die Splitter der zerkümmerten Scheiben ebenfalls erheblich verletzt.

Striegau. Von einem Lastkraftwagen tödlich überfahren. In Gräben wurde der sechsjährige Sohn des Steinmehlers Miller von einem Lastkraftwagen überfahren. Der Knabe erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald nach Einlieferung ins Krankenhaus starb.

Freystadt. Selbstmord eines Oberprimars. In Caroiath hat sich der Oberprimar Fischer, Sohn eines Arztes, vor der Tür der elterlichen Wohnung erschossen. Was ihn zu der Bergweilungst veranlaßt hat, ist noch ungeklärt. Fischer, der die Oberprima des Newjaser Realgymnasiums besuchte, war ein guter Schüler, irgendwelche Schwierigkeiten beim Abiturium kommen also nicht in Frage. Er war aber körperlich leidend, und zwar hatte er eine Hüftgelenkerkrankung, und es wird vermutet, daß er durch diese Krankheit schwermütig geworden ist und Hand an sich gelegt hat.

Groß-Strehlig. Die im Potempa-Prozess Verurteilten sind nicht mehr hier. Die vom Sondergericht in Bautzen in seinem ersten Termin, im sogenannten Potempa-Prozess, zum Tode verurteilten fünf Angeklagten Gräpner, Müller, Wolniga, Kottisch und Ladmann, die vom preußischen Staatsministerium zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt worden sind, und bisher in der hiesigen Strafanstalt untergebracht waren, sind von dort in der Nacht zu Montag transportiert worden. Die beiden Jüngsten der Verurteilten, Kottisch und Wolniga, wurden in die Strafanstalt Ludau i. d. Lausitz übergeführt, während die drei anderen nach Brandenburg a. d. Havel gebracht wurden. Der Transport ging völlig unbemerkt vor sich.

Hindenburg. Feuergefecht zwischen Polizei und Einbrechern. Dienstag früh stellte eine Polizeistreife zwei Männer, die mit einem gestohlenen Motorrad das Weite suchen wollten. Als die Polizeibeamten die Diebe festnehmen wollten, gaben diese mehrere Schüsse ab, so daß die Polizei ebenfalls zur Waffe greifen mußte. Etwa 30 Schüsse wurden geschossen, ohne daß aber jemand getroffen wurde. Die Diebe entkamen unter Zurücklassung des Motorrads.

An die Parteigenossen!

Das erste Flugblatt wird im Laufe der Woche zum Versand gebracht. Restlose Verbreitung ist Ehrenpflicht für die Funktionäre der Eisernen Front. Dort, wo zuviel oder zu wenig Flugblätter geliefert worden sind, bitten wir um sofortige Mitteilung an das Bezirkssekretariat. Auf in den Kampf für Freiheit, Frieden und Sozialismus!

Der Bezirksvorstand.

Aus der Umgebung

Lichtspieltheater in Klettendorf

als Tonfilmtheater neu eröffnet

Die Gemeindefestspiele (GFK) werden am Freitag, den 14. Oktober 1932 wieder eröffnet. In Verbindung mit dem Bezirksbildungsausschuß Breslau wird in der Turnhalle in Klettendorf ein Tonfilmtheater eröffnet, das den Wünschen der Bevölkerung in jeder Weise gerecht werden wird. Soweit es die Produktion zuläßt, wird auf eine gute Auswahl künstlerischer Programme bestes Wert gelegt werden. Daneben wird auch der gesunde Humor im GFK seine Aufnahme finden. Am Freitag beginnen wir mit zwei Vorstellungen um 17 und 20 Uhr. Einlaß 16 Uhr. Zur Erstaufführung gelangt ein Groptonfilm „Der Geheimagent“ mit Harry Piel und „Mein Pappi“. Später soll noch eine Bühnenschauspiel eingeführt werden. Die Preise der Plätze sind: 1. Platz 70 Pf., 2. Platz 60 Pf., 3. Platz 30 Pf. An den Nachmittagen zahlen Erwerbslose und Kinder auf den Saalplätzen die Hälfte.

Indem wir hieron öffentlich Kenntnis geben, bitten wir die Bevölkerung von Klettendorf und Umgegend die Gemeindefestspiele wie bisher zu unterstützen. Die GFK sind ein gemeinsames Unternehmen, das in erster Linie gefördert werden muß. Darum auf am Freitag zur Eröffnung der Winterjahre 1932/33 in der Turnhalle. Aufträge für Lichtreklame werden im Gemeindebüro entgegengenommen.

Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch

Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 170-174. Telefon 5906A, 5906B. Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9-13 u. 16-18 Uhr.

Oltschin. Mittwoch, 20 Uhr, bei Grieger: Frauenversammlung. Rednerin: Genossin Lotte Berndt.

Brosau. Mittwoch, den 12. Oktober, 20 Uhr, bei Wende: Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Fuhrmeister. Niemand darf fehlen.

Maltitz. Genosse Lüdemann spricht in einer öffentlichen Versammlung am 12. Oktober, 20 Uhr, im Lokal „Zur Provinz“. Sorgt für guten Besuch.

Kaatz. Am Mittwoch, den 12. Oktober, 20 Uhr, findet im Lokal „Marshall Klüder“ eine öffentliche Versammlung statt. Redner sind Dr. Stamer und W. Klose.

Walschan. Mittwoch, den 12. Oktober, 20 Uhr: Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Schäfer.

Wilsau. Freitag, den 14. Oktober, 20 Uhr, bei Thiel: Öffentliche Kundgebung. Redner ist Genosse Schäfer.

Bauarbeiter und Wirtschaftsplan

Der Kampf um Arbeit — Schluß mit dem Lohnabbau Stärkung der Organisation

Der Vorstand und der Beirat des Deutschen Bauwerksbundes haben dieser Tage in Berlin zu den Auswirkungen des Wirtschaftsplans der Reichsregierung auf das Baugewerbe Stellung genommen. Die Bauarbeiter sind schon von dem Vorgesicht dieser Auswirkungen sehr wenig entzückt. Auf der einen Seite sehen sie kaum einen nennenswerten Fortschritt in der Arbeitsbeschaffung, auf der anderen Seite müssen sie sich gegen neue Angriffe auf den Lohn zur Wehr setzen und auch der Freiwillige Arbeitsdienst entwickelt sich immer mehr zu einer Gefahr für die Bauarbeiter. Angesichts dieser wenig erfreulichen Perspektive richten Vorstand und Beirat des Bundes an die Bauarbeiter den dringenden Appell, sich mit ganzer Kraft an der Vorbereitung der Organisation zu beteiligen, weil der psychologisch bedeutsame Augenblick immer näher heranrückt, in dem auch die Unorganisierten erkennen müssen, daß ohne Gewerkschaften die deutsche Arbeiterschaft längt unter die Räder gelangen würde.

Der Wirtschaftsplan der Reichsregierung, der der Privatwirtschaft eine letzte Chance geben will, muß — so führte der Bundesvorsitzende Bernhard aus — an seinen inneren Widersprüchen scheitern. Jedenfalls bemühe sich das Reichskabinett redlich, mit seiner Gesamtpolitik die deutsche Wirtschaft loszuschlagen. Die Arbeitsbeschaffung sei auf den guten Willen der Unternehmer abgestellt. Mit Liebesgaben aller Art wolle man die berühmte Privatinitiative beleben. Was der Staat bis jetzt an Arbeitsbeschaffung beachtliche, sei nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Jedenfalls eröffnen sich dem Baugewerbe keine guten Aussichten. Die Gemeinden, durch die Krise verarmt, könnten nicht mehr viel bauen, und auch die amtlichen Bauauftraggeber hielten zurück. Das Reichsversicherungsamt habe sich zum Beispiel gegen jede Inangriffnahme von Bauten durch öffentliche Rechtliche Körperlichkeiten ausgesprochen. Man beschränkte sich in der Hauptsache auf Instandsetzungsarbeiten, die die Reichsregierung durch Beihilfen zu fördern suche. Die Aufträge, die dadurch dem Arbeitsmarkt zugeführt würden, könnten aber kaum ins Gewicht fallen. Dazu komme, daß Freiwilliger Arbeitsdienst und Notstandsarbeiten den Bauarbeitern die ohnehin stark eingeschränkte Arbeitsmöglichkeit noch mehr einschränken. Trotz alledem habe jedoch der Bund nicht die Hände in den Schoß gelegt, und seine bestmöglichen und örtlichen Bemühungen um Arbeitsbeschaffung hätten auch in einigen Fällen Erfolg gehabt.

Den Unternehmerorganisationen ist bei ihren Bemühungen um Arbeitsbeschaffung bei der Reichsregierung das bemerkenswerte Geständnis entzogen, daß ein weiteres Abgleiten der Baupreispreise und der Bauarbeiterlöhne nicht mehr möglich er scheine. Sehr im Gegensatz zu diesen interessanten Eingeständnis steht aber das praktische Verhalten der Arbeitgeber in den Tarifstreitigkeiten. Noch immer muß über Angriffe auf die Bauarbeiterlöhne berichtet werden. Noch immer ist auch die Frage der Arbeitszeitverlängerung ungelöst. Manche Bauunternehmer greifen, wie Scheibel vom Bundesvorstand mitteilte, zu den merkwürdigsten Mitteln, um die Papensche Abbauperordnung auszuhebeln zu können. Die organisierte Bauarbeiterschaft hat sich jedoch zur Wehr gesetzt. Für sie gilt bei all diesen Auseinandersetzungen der Grundsatz, überall wo sich auch nur die geringste Möglichkeit eines Erfolges bietet, mit allen Mitteln gegen einen

Lohnabbau anzukämpfen. Bisher ist das auch fast überall mit gutem Erfolg gelungen, und das wird auch so bleiben, wenn die Bauarbeiter geschlossen und einmütig den Übergriffen der Unternehmer entgegenreten. Der Bund hält daran fest, daß die Lohnabbauverordnung verfassungswidrig ist und gegen das Tarifrecht verstößt.

Der Freiwillige Arbeitsdienst hat — immer wieder wurde das auf der Beiratstagung festgestellt — für die Bauarbeiter böse Auswüchse gezeitigt. Jetzt sei man bereits so weit, selbst den Siedlungsplan programmatisch in den Freiwilligen Arbeitsdienst einzugliedern zu wollen. Dabei würden die tarifvertraglichen Rechte der Bauarbeiter gründlich mißachtet. Dem Bauwerksbund bleibe unter dem Zwang der Verhältnisse — natürlich unter strengster grundsätzlicher Ablehnung des F.A.D. — nichts anderes übrig, als dafür zu sorgen, daß sich auch die Bauarbeiter einhalten, damit nicht sie und ihre Interessen völlig unter den Schlitzen kommen. Neben Siedlungsbauten aller Art würden heute auch Abbrucharbeiten, ja sogar regelrechte Hochbauten, nicht zuletzt auch Straßen- und Tiefbauarbeiten im Freiwilligen Arbeitsdienst oder durch Fürsorgepflichtarbeit ausgeführt. Diesem indirekten Lohnabbau im Baugewerbe müsse unbedingt Einhalt geboten werden. Was heute im Baugewerbe, gefördert durch die Bestrebungen des F.A.D. und der Fürsorgepflichtarbeit vor sich gehe, finde in keinem anderen Gewerbe ein Gegenstück. Der F.A.D., der wie eine Modetrachtlichkeit grassiere, entwickle sich allmählich zu einem offenen Unrecht gegenüber den Bauarbeitern. Gegen dieses Unrecht müßten die Bauarbeiter die gesamten Gewerkschaften aufrufen.

Durchgreifende Hilfe gegen die Not der Zeit gibt es für den Bauarbeiter natürlich nur, wenn er sich selbst hilft. Diese Selbsthilfe ist nur möglich durch Zusammenhalten. Trotz der langanhaltenden Arbeitslosigkeit ist im Baugewerksbund ein fester Stamm von Mitgliedern vorhanden, der in Not und Gefahr zusammensteht. Ende September waren 77,2 Prozent der Mitglieder des Bundes arbeitslos. Dabei ist zu beachten, daß die Arbeitslosigkeit während des ganzen Jahres bereits mindestens 70 Prozent betragen hat. Die Mitgliederzahl des Bundes beträgt 340 000. Zur Erhaltung der Kampfkraft sind schärfste Sparmassnahmen durchgeführt oder eingeleitet. Soweit die Verwaltung in Betracht kommt, sind weitere Sparmassnahmen verwirklicht worden und in Vorbereitung, so daß Gewähr besteht, den Bund durchwegs arbeits- und kampffähig über die Krise hinwegzubringen. Die Unterbringungseinrichtungen des Bundes sollen bei dem jetzigen Stand belassen bleiben.

Die Werbe- und Schulungsarbeit des Bundes wird in vergrößertem Umfang fortgeführt; denn noch ist ein starker Prozentsatz der Bauarbeiter unorganisiert. Für die besonderen Zwecke der Werbearbeit werden Agitationskommissionen eingesetzt, die nach besonderen Richtlinien planmäßig vorzugehen haben. Dem Spatzen von rechts und links wird man rücksichtslos auf die Finger klopfen. Trotz aller Schwierigkeiten werden im Januar und Februar je ein Schulungslager im Bundesheim abgehalten werden. Die Wochenendburde wird die Bundesleitung aufs kräftigste fördern, und mit allem Nachdruck wird sie dafür eintreten, daß gerade in diesen Tagen unermüdet die gewerkschaftlichen Grundsätze und Ziele der Arbeiterschaft klar gemacht werden.

Regiment der Willfür

Bermehrung der Arbeitslosigkeit durch die Reichsbahn

Das erbitterte Ringen der Gewerkschaften mit der Hauptverwaltung der Reichsbahn zur Erhaltung der Arbeitsstellen für Tausende von Eisenbahnern ist nunmehr zu einem Abschluß gekommen. Zu einem sehr wenig befriedigenden Abschluß! Es ist daher an der Zeit, fest das Ergebnis dieses vielfach dramatisch verlaufenen Ringens um Brot und Arbeit im Zusammenhang zu beleuchten.

Schon im Frühjahr prophezeiten die Personalreferenten der Hauptverwaltung, im Herbst würden mindestens 30 000 Bahnunterhaltungsarbeiter entlassen; der Rückgang der Einnahmen zwinge dazu. Im Frühommer fiel die Zahl der von Arbeitslosigkeit bedrohten Eisenbahner bei der Bereinigung des Staats bereits auf 40 000, und im Juli waren nach weiterer Stadroffnung angeblich plötzlich rund 52 000 Bahnunterhaltungsarbeiter überzählig.

Der Einheitsverband der Eisenbahner wie der Hauptbetriebsrat haben rechtzeitig der Hauptverwaltung durchsichtige Vorschläge zur Bermehrung der drohenden Entlassungen gemacht. Diese Vorschläge haben im wesentlichen so aus: Allein in diesem Jahr wurden 1800 Kilometer Gleisumbau und der Einbau von rund 9000 Weichen zurückgestellt. Die Umbauarbeiten waren vorhanden; nur der reine Arbeitslohn war flüssigzumachen. Rechnet man mit der Hauptverwaltung für einen Kilometer Gleisumbau 1800 und für die Weiche 60 Tagewerke, so hätten die 52 000 überzähligen Arbeiter allein mit diesen Arbeiten rund drei Monate beschäftigt werden können. An Lohnausgaben wären hierdurch im ungünstigsten Fall 22,5 Millionen aufzubringen gewesen. Die Hauptverwaltung hätte also ruhig den Versuch machen können, bei der Reichsregierung die fehlenden Mittel zu erhalten. Die Hauptverwaltung hat abgelehnt. Sie hat sogar erklärt, daß selbst wenn die Reichsregierung Mittel zur Verfügung stelle, die Reichsbahn doch nicht mehr Arbeiter beschäftigen könne, da andere Ausgaben dringlicher wären. Der Einheitsverband forderte dagegen, die Arbeitszeit der 180 000 Betriebs- und Verkehrsarbeiter von 34 auf 48 Stunden zu kürzen. Dadurch hätten mindestens 16 000 Arbeiter mehr beschäftigt werden können, ohne daß nennenswerte Mehrausgaben entstanden wären. Die Hauptverwaltung lehnte ab. Sie will die Arbeitszeit im Betriebs- und Verkehrsdienst nicht kürzen, weil damit einer Forderung der Gewerkschaften auf die 48-Stundenwoche Rechnung getragen würde. Der Einheitsverband forderte schließlich Pensionierung der über 60 Jahre alten Arbeiter. Daraus hätten rund 6000 Arbeitsplätze freigemacht werden können. Die Hauptverwaltung lehnte ab. Eine solche Pensionierung könne nicht in Frage kommen, weil damit Mehrausgaben verbunden seien. Gewiß wäre damit eine gewisse Belastung der Reichsbahnfina nzen verbunden gewesen. Auf der anderen Seite kann aber doch auch ein Arbeitgeber, der noch einen kleinen Mißgeschick hat, nicht übersehen, was für Laßen den Eisenbahnarbeitern dadurch auferlegt werden, daß man sie an ihrem Lebensabend durch Entlassung um die Früchte ihrer Lebens-

arbeit betrügt. Jahrzehntelang nimmt man den Arbeitern riesig hohe Beiträge ab, und kurz vor der Pensionierung erhalten dann diese Arbeitsleute, die für die Sicherung ihres Lebensabends hungerien, plötzlich lediglich einige Bettelstümpfe zurückgezahlt und alle ihre Rentenansprüche sind dahin. So etwas nennt man Ausplünderung.

Die Reichsbahnhauptverwaltung wollte nicht. Das war längst klar zu erkennen. Trotzdem strepen die Gewerkschaften nicht locker und die Hauptverwaltung kam in eine schwierige Lage, als es gegen ihren Willen den Gewerkschaften gelang, bei der Reichsregierung Mittel für zusätzliche Arbeiten flüssigzumachen. Die Reichsregierung hat der Hauptverwaltung die Verkehrssteuern erlassen. Damit standen der Reichsbahn 180 Millionen Mark zur Verfügung. Aber auch jetzt bequemt sie sich erst unter dem Druck der Reichsregierung dazu, einen verschwindend kleinen Teil dieses Betrages für zusätzliche Arbeiten bereitzustellen, nämlich in dem Umfang, daß 24 000 Arbeiter für die Zeit von zwei Monaten beschäftigt werden können. Das ist nur der ganze Betrag der Reichsbahngewerkschaft zur Bermehrung des Abbaues der Eisenbahnarbeiter. Trotz der von der Regierung bereitgestellten Mittel und in schreiendem Gegensatz zu dem von Verwaltungsrat großsprecherisch verkündeten Aufbesserungsprogramm der Reichsbahn wurden zunächst einmal künstliche angeblich zum Vorhandensein 52 000 Bahnunterhaltungsarbeiter reiflos entlassen. 22 000 Arbeiter Eisenbahner fliegen sofort auf die Straße, nur für 24 000 Arbeiter gibt es noch eine Salgenfrist von zwei Monaten, und nur dem Umstand, daß die halbverhungerten Bahnunterhaltungsarbeiter jetzt auch noch gezwungen werden, eine Teierpflicht pro Woche auf sich zu nehmen, ist es zu verdanken, wenn 6000 Arbeiter Beschäftigungsmöglichkeiten für die Wintermonate finden. Von den 180 Millionen Mark, die der Reichsbahnhauptverwaltung aus der erlassenen Verkehrssteuer zufließen, werden ganze 5,9 Millionen für Gleisenerneuerungsarbeiten aufgewandt.

Das alles ist die Arbeitserhaltung des größten deutschen Arbeitgebers vor dem Eintritt des Winters. Aber damit noch nicht genug. Der größte deutsche Arbeitgeber bringt es fertig, daß die Arbeiter, die noch zwei Monate weiterbeschäftigt werden, nur noch als Zeitarbeiter, d. h. nicht mehr zu den tarifvertraglichen Arbeitsbedingungen eingestellt werden. Diese Arbeiter müssen sich schon bei der neuen Einstellung verpflichten, daß sie ohne Widerspruch in spätestens drei Monaten auscheiden. In einer Verzweiflung hat die Hauptverwaltung sogar ausgesendet, daß Arbeiter, die gegen ihre Entlassung Einspruch erhoben und unbillige Härte geltend gemacht haben, nicht eingestellt werden dürfen. Des ist geradezu eine Teufel. Man will es verhindern, daß die Bevölkerung unter Umständen von den Arbeitsgerichten zur Wiederbeschäftigung herangezogen wird. Statt die Entlassungen mindestens für die 30 000 benötigten Arbeiter nicht erst akut werden zu lassen, peinigt man diese Arbeiter bis aufs

Blut. Satte Reichsbahndirektoren, die doppelt und dreifach viel Einkommen haben als gleichartige Reichs- und Staatsbeamte, schikanieren ausgehungerte Arbeiter. Die Reichsbahn hat — immer wieder sagt es ihre Hauptverwaltung — kein Geld. Nein, für die armen Arbeiter hat sie kein Geld. Nur Mut, taunrigen Mut hat sie gegenüber diesen armen Arbeitern, die um ihre Arbeitsstelle zittern. Für die Beamten der Reichsbahn fehlt ihr die Courage. Ihr Mut ist nur der Mut der jatten Herzlosigkeit.

Streik der Seeleute in Marseille

In Marseille ist vor einigen Tagen bei einer Schiffsfahrts-Gesellschaft ein Streik der Seeleute ausgebrochen, der allmählich größeren Umfang annimmt. Ursache des Streiks liegt in der Weigerung der Gesellschaft, die Seeleuten in den indo-chinesischen Häfen die Wechsellöhne zu zahlen, die bisher gewährt wurde, weiterzuzahlen.

Zunächst trat die gesamte Mannschaft des Dampfers „Anfor“ in den Streik. Das Schiff konnte erst einen Tag später mit Aushilfsmannschaft die Ausreise antreten. Die Gewerkschaft der Seeleute ersuchte hierauf den Minister für die Handelsmarine um Vermittlung in dem Konflikt. Der Minister schloß im Einvernehmen mit der Gesellschaft vor, die Prämie bis zum 1. Februar 1933 weiterzuzahlen, sie dann aber ohne jede Diskussion abzuschaffen. Dieser Vorschlag wurde von den Gewerkschaften abgelehnt. Inzwischen sind die Mannschaften von drei weiteren Dampfern in den Streik getreten. Ueber einen neuen Vorschlag des Ministers, der eine Herabsetzung der Prämien vorsieht, wird zur Zeit noch verhandelt.

Das Jahrbuch des ADGB ist fertig

Die Verlags-Gesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Berlin S. 14, Inselstraße 6a) hat das „Jahrbuch 1931 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ fertiggestellt. Damit liegt nunmehr der 10. Band der Jahrbücher des ADGB vor. Der Wert der Jahrbücher der Gewerkschaften liegt in ihrer auf der Vertiefung über zurückliegende Ereignisse aufgebauten Orientierung für die kommenden Kämpfe der Arbeiterbewegung. Eine solche Orientierung ist heute, wo das politische und auch wirtschaftliche Kampfgebiet durch die mit der Krise verbundenen Irrungen und Wirrungen zum Teil sehr unübersichtlich geworden ist, notwendiger denn je. Wir kommen in Kürze auf das neue Jahrbuch zurück. Es ist 325 Seiten stark. Sein Ladenpreis beträgt gebunden 6,80 Mark, kartoniert 6 Mark. Organisationspreis gebunden 3,10 Mark, kartoniert 4,50 Mark.

Im Verlag des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Berlin SO. 16, Köpenicker Straße 113) ist soeben „Die Gewerkschaftsbewegung in Frankreich“ aus der Feder von Leon Jouhaux erschienen. Die Schrift, die 51 Seiten stark, als Band XI der vom IGB herausgegebenen Internationalen Gewerkschaftsbibliothek erscheint, gibt einen instruktiven Überblick über die Grundtatsachen der Entwicklung der französischen Gewerkschaften. Der Preis der Schrift beträgt in Deutschland 0,75 Mark. Sie wurde von uns bereits bei ihrem Erscheinen in französischer Sprache besprochen.

Ein Bild aus der Praxis

Im schlesischen Arbeitsgebiet des Verbandes der Maschinenmittel- und Getriebearbeiter befindet sich ein Fabrikbetrieb, in dem die berühmte „Nacht von Pappel“-Verordnung folgendes ergibt. Für die Vermehrung der Arbeitnehmerzahl läßt der Arbeitgeber freie Wahl, ob er zur Berechnung nimmt entweder den Stand der Belegschaft vom 15. August oder den Monatsdurchschnitt der Monate Juni, Juli, August.

In vorliegendem Falle weist der Stand vom 15. August eine Belegschaft von 135 aus, der Durchschnitt jedoch 162. Der Arbeitgeber hat die Wahl, die Arbeiterzahl — nach der Verordnung — nichts zu sagen. Bei der Zahl 135 braucht der Arbeitgeber um 5 Prozent einzustellen, nur 6 Arbeitskräfte, bei 162 jedoch 8 Arbeitskräfte. Er spart also zwei Arbeitskräfte und behält doch das Recht, den Lohn um 10 Prozent zu senken. Man könnte einwenden, daß ihm dadurch für 2 Arbeitskräfte pro Vierteljahr 100 Mark weniger Güteerinnahme entfällt. Demgegenüber steht aber, daß er den Lohn für diese Arbeitskräfte einspart und selbst bei einem Stundenlohn von 20 Pf. ergibt dieser schon einen Betrag von über 100 Mark pro Vierteljahr.

Wie nützlich sich die Verordnung in der Praxis für den Arbeitgeber gestaltet, sei an dem Beispiel dieses Betriebes gezeigt.

Der Betrieb ist ein Saisonbetrieb. Zur Einstellung vom dem 15. September gelangten mehr denn 25 Prozent Arbeitskräfte. Entsprechend der Verordnung darf für die 31. bis 40. Stunde ein Lohnabzug von 50 Prozent vorgenommen werden. Der Betrieb beschäftigt überwiegend Arbeiterinnen. Die Tariflöhne derselben betragen nach drei Altersklassen 21 bis 30 und 35 Pf. pro Stunde.

Der Betrieb wird auch weiterhin 48 Stunden pro Woche und täglich in 3 Schichten arbeiten.

Der wöchentliche Brutto-Arbeitslohn wird nach dem gewöhnlichen 50prozentigen Abzug für die obengenannten Löhne betragen, 9,03 Mark, 12,90 Mark und 15,27 Mark.

Die Arbeitskraft der jüngsten Arbeiterin beträgt demnach in einem Vierteljahr 13 Wochen zu je 9,03 Mark 117,39 Mark. Hierfür stehen dem Arbeitgeber nach § 25 der Durchführungbestimmungen Steuergutscheine zu, die den Betrag von 50 Prozent des Durchschnittslohnes betragen können, wie er an einen Arbeitnehmer des Betriebes in dem Vierteljahr der Mehrbeschäftigung gezahlt wird.

Unter Beachtung dieser Bestimmung, ergibt sich bei unjüngstem Beispiel, daß der Arbeitgeber praktisch an Lohnkosten zu zahlen hätte, 58,69 Mark pro Vierteljahr oder pro Woche 4,51 Mark. Das Ergebnis für die beiden anderen Gruppen beträgt 6,45 Mark und 7,64 Mark.

Damit ersieht sich jedoch der finanzielle Vorteil des Arbeitgebers, den er für 60 neu eingestellte Arbeitskräfte erzielt. Er hat noch das Einkommen aus der Lohnersparnis der Stammmannschaft, die reichlich 10 Prozent ausmacht. In vorliegendem Falle ist die Annahme eines Durchschnitts-Stundenlohnes von 35,5 Pf. berechtigt. Es ergibt sich für 135 Personen ein wöchentliches Ersparnis von 238,95 Mark. Wird dieser Betrag ebenfalls auf die neu Eingestellten umgelegt, so ergibt sich, daß der Arbeitgeber für die jüngste Arbeiterin unter 18 Jahren nicht mehr die Lohnausgabe von 4,51 Mark hat, sondern er hat 3,11 Arbeitskraft für 0,53 Mark. Für die beiden übrigen Gruppen wird der Lohnkostenabzug von 6,45 Mark auf 2,17 Mark herabgesetzt und der von 7,64 Mark auf 3,66 Mark.

Das ist das praktische Ergebnis der autoritären Verfügung einer präsidialen Regierung, vor der die Arbeiterschaft in Ehrfurcht erschauern soll. Damit ist aber auch zugleich das Bündnis des Adolf Hillers erfüllt, wenn er sagt: „Wir wollen eine Wahl der neuen Herrschaft, die auf Grund ihrer besseren Moral das Recht hat, zu herrschen, und diese Herrschaft über die Arbeiterklasse rücksichtslos aufrecht erhält.“